

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens vorher nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Foreigns Nr. 5 Pf. Sonntags-Kummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislise für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühren

betragt für die 3 gespaltene Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Kurierbüros, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Der heutigen Nummer liegt für unsere auswärtigen Abonnenten die Nummer 10 des „Illustrirten Sonntagsblatt“ bei.

Wirthschaftliche Krisen.

Es wurde unlängst im deutschen Reichstage seitens der Regierung behauptet, daß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 500 000 Arbeiter brodlos seien. Diese Angabe erscheint nicht übertrieben, wenn man bedenkt, daß nach zuverlässigen Geschäftsberichten aus New-York allein in den Fabriken und Minen der Union über 1 000 000 Arbeiter beschäftigungslos sind. Und das in einem Lande, das man nicht nur als eines der reichsten der Erde bezeichnen darf, sondern das auch noch ungeheobene Schätze in solcher Fülle birgt, daß sich seine Bevölkerung als Großartigkeit vermehren könnte, ohne dadurch ihrer Zahl in ein Mißverhältnis zu der Produktionskraft des Landes zu gerathen, auf dem sie sich befindet. Gegenwärtig sind die ungeheuren Territorien zwischen dem atlantischen und stillen Ozean von etwa 55 Millionen Menschen bewohnt. Da kann man von „Uebersättigung“ noch nicht träumen — und dennoch ein so kolossales Noth- und Elend! Wie mag das kommen?

Nun, im Allgemeinen erklärt man sich das so. Die Farmer, die Träger der Landwirtschaft in der Union, nach anderen Begriffen zum großen Theil Großbauern oder Großgrundbesitzer, sind die Hauptabnehmer für die Produkte der nordamerikanischen Industrie. Sie haben mit ihren Betrieben eine ziemlich weit entwickelte Technik vertrieben, ganz anders als unsere Großbauern, und haben in Folge des reichen Ertrags ihrer Grundstücke auch ganz behaglich eingerichtet können. Indessen können die riesigen Getreidemassen, die in der Union produziert werden dort nicht auch konsumirt werden. Die nordamerikanische Landwirtschaft ist auf eine sehr starke Ausfuhr von Getreide angewiesen.

Die reiche Ernte, deren sich Europa im Jahre 1884 erfreute, hat einen biden Strich durch die Rechnung der nordamerikanischen Farmer gemacht. Natürlicher Weise sank die Ausfuhr von Getreide und anderen landwirthschaftlichen Produkten nach Europa um ein Bedeutendes und die Farmer machten kein Geschäft wie vorher. Sie mußten sich in ihren Ausgaben einschränken und das Nächste war, daß die von der Industrie produzierten Luxusgegenstände, die sonst immer auf einen reichen Absatz bei den Farmern rechnen konnten, nicht oder nur wenig begehrt wurden. Die Händler bestellten nichts oder wenig bei den Fabrikanten und die Fabrikanten hatten nichts zu thun. Natürlich hatten, wie immer in solchen Fällen, die Arbeiter

die Last der Kalamität fast ganz allein zu tragen. Zu Hunderttausenden wurden sie brodlos, weil die Unternehmer nichts zu thun hatten, und wo noch Beschäftigung vorhanden war, da wurden die Löhne bis um 30 Prozent herabgesetzt. Ein Theil der Minenarbeiter wollte sich die Lohnherabsetzungen nicht gefallen lassen, da die reduzierten Löhne auch nicht eiferni zum Leben ausreichten und stellte die Arbeit ein. Die Unternehmer stellten darauf Ungarn und Slovaken ein, die auch für die elendesten Löhne zu arbeiten bereit waren. Darüber waren denn wieder die streikenden Minenarbeiter so erbittert, daß es leider zu blutigen Thätlichkeiten kam.

Man glaubt in der „verkehrten Welt“ zu leben, wenn man diese Thatsachen betrachtet.

Geräth in Nordamerika die Ernte nicht gut, so tritt Hunger und drüben Mangel ein, der Arbeitslosigkeit und Elend zur Folge hat; Geräth in Amerika die Ernte gut, so jammern Kornhändler und Großgrundbesitzer in Europa über die Konkurrenz und verlangen Erhöhung der Kornzölle; geräth in Europa die Ernte gut, so häuft sich, wie wir sehen, in Nordamerika das Elend auf die Arbeiter; geräth die Ernte in Europa nicht gut, so wird die amerikanische Kornzufuhr durch Zölle erschwert und die europäische Bevölkerung leidet doch Noth, während in Amerika ungeheure Massen von Getreide verfaulen. Die amerikanischen Großgrundbesitzer kennen indessen kein größeres Interesse als eine schlechte Ernte in Europa, die europäischen wünschens nichts schneller als eine Missernte in der Union. Und dabei müssen in der Union, in dieser tiefenhaften und unerschöpflichen Kornammer der Welt, Getreidemassen unverbraucht liegen bleiben, die ausreichen könnten, allen Mangel an Brod innerhalb der zivilisirten Welt abzuhefen. Soweit ist es gekommen, seitdem laut der wüsten Manchestertheorie, das Privatinteresse schrankenlos dominiert. Es ist ein wüster Krieg der Produzenten und Händler unter einander; die Folgen aber fallen, wie man sieht, am schwersten auf den Rücken des Arbeiters.

Die Regierung der Union glaubt dem Uebel dadurch abhelfen zu können, daß sie die Anlegung eines interozeanischen Nicaragua-Kanals unterstützt. Sie glaubt dadurch den Export beleben und fördern zu können. Mag sein, daß sie damit eine Förderung des Exports erreicht. Aber das Uebel wird dann durchaus nicht gehoben sein. Das Uebel liegt tiefer, als daß es durch einen Kanal beseitigt werden könnte, der noch dazu im Auslande liegt; die Union bedarf einschneidender sozialer Reformen im Innern.

Die korrupte und geldgierige Yankee-Gesellschaft mit ihrer wüsten Jagd nach Gold und mit ihrem brutalen Niedertreten des Schwächeren hat in Nordamerika

berast gehaust, daß aus diesem schönen Lande mit der Fülle seines Reichthums dennoch für Millionen nur eine Stätte des Elends geworden ist und noch werden wird, wenn nicht eine weise Sozialpolitik in die Dinge eingreift. Der grobe Materialismus ist mit dem Kapitalismus überall verbunden; er schreitet verwüstend über die schönsten Länder hin und stürzt Völker ins Elend, die glücklich und wohlhabend sein könnten. Dafür liefert Nordamerika mit seiner Yankee-Wirthschaft ein erschreckendes Beispiel.

Politische Uebersicht.

Die Nachricht von dem Fall Chartums und der wahrscheinlichen Gefangenschaft Gordon's hat in England nicht geringe Bestürzung hervorgerufen. Angeblich soll Chartum dem Mahdi durch Verrath in die Hände gefallen sein, doch scheint diese Kunde nur erfunden, um die Wuth John Bull's von gewissen Personen ab- und auf die „Verräther“ zu lenken. In Wirklichkeit war es aber die Tapferkeit der Sudanesen, welche den Engländern diesen Strich durch die Rechnung machte. Die Sudanesen kämpfen für ihre Existenz, für ihre Freiheit; sie wollen sich nicht unter das englische Joch bringen lassen und nicht das Land den bekannten englischen Großkrämern zum Ausaugen überlassen; die Söhne der Wüste wollen von der angeblichen englischen Kulturmission nichts wissen und bis jetzt haben auch die goldenen Soldaten der Engländer, obgleich sie zu Hunderttausenden aufmarschirt sind, in Bezug auf die Anhänger des Mahdi ihren Knecht versetzt. Zur Befreiung Egyptens wurde angeblich der Feldzug unternommen, der mit der Beschießung Alexandriens anfang und bis jetzt mit der Einnahme Chartums durch den Mahdi abschloß. Und was ist geschehen bis jetzt von Seiten der „Befreier“? Noch hatten die durch das Bombardement in Alexandria Ruinirten auf eine Entschädigung, die Geschäfte liegen gänzlich darnieder, hunderte und tausende von den Egyptern, welche Widerstand leisteten, drüß der Wüstenland, über Blut und Leiden ging der Weg bis nach Chartum. Doch schon einmal hatten die Sudanesen geglaubt, daß sie die geschulten englischen Söldlinge nicht fürchten; spurlos verschwand der englische General Hicks Pasha mit seiner Armee und wenig fehlte, so wäre vor einigen Tagen auch ein Theil der Armee Wolseley's unter Stewart „verschwunden“. — Unter solchen Umständen steht sich John Bull bereits nach Hilfe um, er braucht andere um die Kapitänien für „Old England“ aus dem Feuer zu holen und siehe da, Italien scheint sich dieser „edlen“ Aufgabe unterziehen zu wollen. Italienische Soldaten besetzen augenblicklich die Gegend am rothen Meer und werden von dort wahrscheinlich dem „tapferen“ Wolseley zu Hilfe kommen. — Auf alle Fälle wird es an Ueberraschungen in der nächsten Zeit nicht fehlen, der Telegraph wird bald weitere Kunde von der Entwicklung im Sudan bringen und damit unsere Blicke mehr wie je zuvor auf diese Gegend in dem schwarzen Welttheil lenken.

Eine neue Session in Sicht. Wie man vielfach vernimmt, wollen nach der Erklärung des Abg. Richter in Bezug auf die Verlängerung des Sozialistengesetzes verschiedene

Dreihundertfünftes Kapitel.

Der Herbst hatte längst die Bäume ihres Schmuckes beraubt, die Felder waren öde und laß, und da, wo üppiges Getreide gestanden, waren nur noch die Stoppeln vorhanden. Die schrägen Strahlen der Sonne vermochten nicht mehr gegen die heftiger andringende rauhe Luft des Winters anzulämpfen, und im schottischen Hochgebirge hatte der eisige Nord bereits sein Regiment aufgeschlagen und angefangen, die Gipfel der Berge und die Hochebenen mit Schnee zu bedecken.

Es war zu Anfang des Dezember und recht kalt und unfreundlich.

Da draußen jagte der Wind den Staubschnee über die Fläche des Parks, welche sonst den Bewohnern von Bethesda als Promenade gedient hatte. Längst schon hatte man die Steige wieder mit Brettern überlegen müssen, um einen Zugang von dem Gitterthor zu dem Hause zu ermöglichen.

Längst schon hatten die Kranken aufgehört, diesen Ort der Erquickung und Erholung aufzusuchen, und waren angewiesen, ihre Fortbewegung in den Gesellschaftssälen, in den Les- und Musikzimmern und in den sonstigen für die winterlichen Unterhaltungen hergerichteten Räumen zu suchen.

Seit drei Monaten war Fritz Rodenburg zurückgekehrt und hatte seine Thätigkeit in Bethesda wieder aufgenommen. Alle Kranken und seine Kollegen hatten ihn mit gleicher Freude wieder begrüßt und ihm zu seiner vollständigen Genesung von ganzem Herzen Glück gewünscht. Am frohesten waren bei seiner Rückkehr Mrs. Forster und ihre Freundin Miß Elly.

Sie Beide hatten den jungen Arzt in ihr Herz eingeschlossen.

Mit Sehnsucht erwarteten sie jeden Tag die Stunde, wenn er seinen Krankenbesuch zu machen pflegte, und sie waren glücklich und froh, wenn er ihnen speziell einige Minuten widmete.

Dann saß er in einem der kleinen Gesellschaftszimmer mit ihnen an einem Tische, schlug dieses und jenes Thema der Unterhaltung an. Mehr und mehr überzeugte er sich,

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dug. (Fortsetzung.)

Jetzt hatte er ihr ja wieder vollständiges Vertrauen geschenkt, und beabsichtigte er, ihr den Inhalt dieses Briefes zu verbergen, so hätte er ihr ja den Schlüssel zum Schreib-isch nicht übergeben . . .

Während sie noch überlegte und während eine Stimme ihres Innern ihr immer wieder zurief: „Thue es nicht!“ hatten ihre Finger mechanisch das nur leicht zusammengefaltete Schreiben geöffnet. Noch zögerte sie zu lesen, als sie die Bemerkung überraschte, daß es eine Vorladung des Vormundschaftsgerichts sei. Eine entsetzliche Ahnung überkam sie. Mit fieberhafter Angst überflogen nun ihre Augen das Schreiben.

Wahrhaftig! Es stand darin, daß die unverehelichte Bettie Müller ihren Gatten als den Vater ihres am 11. Juni geborenen unehelichen Kindes angegeben habe, und daß er zu seiner Vernehmung vor das Vormundschaftsgericht geladen war.

Der Brief entfiel ihrer Hand.

Sie ward blaß und fühlte sich einer Ohnmacht nahe.

Ein heftiges Weh preßte ihre Brust krampfhaft zusammen. So sah sie eine Weile, das verhängnißvolle Schreiben in der zitternden Hand, kraftlos da, dann machte sich ihre gepreßte Brust in heißen Thränen Luft.

„D, mein Gott! Er hat mich betrogen! . . . Wie war es ihm möglich, wie konnte er mich täuschen? Nimmer, nimmer hätte ich das von ihm gedacht!“ rief sie schluchzend.

„D, Georg, Alles hätte ich Dir verziehen! Die Untreue . . . ach, es bricht mir das Herz. Nun ist es aus mit meinem Lebensglück für alle Zeiten. Doch mein Kummer soll das Deinige nicht zerstören! — Georg, Du sollst nicht wissen, was mich soltert. Niemand soll es wissen!“

Der verhängnißvolle Brief wanderte wieder an die Stelle des Pulses, an welcher sie ihn gefunden hatte. Ach,

das war ein Tag des Jammers und des Schmerzes! Von Thränen waren ihre Augen geröthet.

Sie war bleich, ihrer Kräfte fast beraubt, als nach vielen Stunden Georg zum Mittagessen erschien. Die Glückseligkeit über die von seiner Gattin erhaltene Verzeihung lag auf seinem Antlitz, als er eintrat.

Räthchen hatte sich bemüht, die Spuren ihrer Thränen zu verbergen. Sie bemühte sich, ihm freundlich entgegen zu lächeln, als er eintrat. Sie umarmte ihn wie sonst; aber ihre Lippen suchten nicht die feintigen, und als er sie in den Armen hielt, brach sie von Neuem in Schluchzen aus, so daß er sie verwundert fragte:

„Räthchen, was hast Du? Ist Dir ein Unglück widerfahren?“

Sie schüttelte den Kopf.

„Frage mich nicht, Georg! Du hast ein Geheimniß, ich habe auch eins, ein sehr trauriges, durch das ich Dir das Leben nicht verbittern werde. Sei glücklich, so glücklich, wie Du kannst; ich werde es nie mehr sein!“

Sie bedeckte das bleiche Antlitz mit den Händen, sank in einen Stuhl und brach von Neuem in einen Strom von Thränen aus.

Georg hielt ihre Hände umfaßt und bedeckte sie mit Küßen und beschwor sie, ihm mitzutheilen, was sie ängstige und quäle.

Sie aber blieb dabei, daß sie dieses Geheimniß Niemandem, am wenigsten ihm, anvertrauen werde. Nun war auch alle Freude und Glückseligkeit von seinem Gesicht verschwunden, und an die Stelle zärtliche Besorgniß um seine Gattin getreten. Es ängstigte und beunruhigte ihn der Schmerz und ihre Verschlossenheit, die ihr ja sonst ganz und gar nicht eigen waren.

Das Glück ehelicher Eintracht, das bis dahin in diesem Hause die schönste Heimathstätte gefunden, der Genius der Liebe, welcher ihnen das Ertragen schwerer Leiden leicht gemacht, welcher in dem Augenblick der größten Noth ihnen wie ein himmlischer Tröster zur Seite gestanden — er hatte jetzt weinend sein Antlitz verhallt und floh diese Stätte.

frühere Sezessionisten, unter ihnen der Oberbürgermeister von Berlin, Herr von Forckenbeck, wieder aus der Fraktion ausscheiden. Dabei sei bemerkt, daß Herr von Forckenbeck bei der letzten Beratung des Sozialistengesetzes für die Verlängerung desselben, also auch für die Beibehaltung des Belagerungszustandes in Berlin, dessen Oberbürgermeister er ist, gestimmt hat. Im Gegenlage hierzu ist es bekannt, daß der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. sich alle Mühe gegeben hat, den Belagerungszustand von Frankfurt abzuwenden. — Uebrigens brauchen die Herren Sezessionisten nicht allzu eilig mit ihrem Austritt aus der deutsch-freisinnigen Partei sein, da Herr Eugen Richter sich jedenfalls noch befinden wird — die nächste Abstimmung über das Sozialistengesetz findet ja erst nach Jahresfrist statt.

Zur Dampfersubventions-Vorlage hat sich nun auch die offizielle „Nordd. Allg. Ztg.“ ausgelassen. Sie knüpft an die Behauptung der „Berl. Polit. Nachr.“ an, daß der Referent der Dampferkommission, der deutsch-freisinnige Abg. Brömel, sich vier Wochen Zeit zur Berichterstattung nehmen werde, um die Vorlage verpuffen zu lassen, und fährt dann fort: „Der Reichskanzler hat wiederholt im Reichstage erklärt, daß die Dampfervorlage unbedingt im Zusammenhange steht mit der Kolonialfrage. Er bezeichnete die Vorlage als eine Sonde, durch welche festgestellt werden sollte, ob im Reichstage Stimmung für überseeische Unternehmungen vorhanden sei. Die Ablehnung der Dampfervorlage wird von den verbündeten Regierungen nicht anders verstanden werden können, als ein Protest gegen die Kolonialpolitik. Die sehr bedauerliche, aber schwer abzulehnende Wirkung wird also die sein, daß die Regierungen in ihren kolonialpolitischen Bestrebungen entmutigt und gelähmt werden.“

Aus Kamerun. In Plymouth sind mit der neuesten westafrikanischen Post (englische) Briefe aus dem Kamerun-Gebiet eingetroffen, welche besagen, daß die dortigen Eingeborenen ihren Widerstand gegen die deutsche Annexion fortsetzen. Der „König“, welcher den Vertrag mit Deutschland unterzeichnete, wurde von seinen Unterthanen durchgepeitscht. (Es handelt sich hier um „König Bell“.) Weiter wird von der Westküste Afrikas gemeldet: Der Vertrag, der acht Flüsse und die anstehenden Territorien unter den Schutz Großbritanniens stellt, ist von dem König von Opoda (Ja Ja) und allen benachbarten Häuptlingen unterzeichnet worden. Der Sohn und Erbe des Königs Ja Ja ist nach Liverpool geschickt worden, um dort erzogen zu werden. Ja Ja spricht fließend Englisch und ermuntert Handel und Wandel. Sein Premierminister ist eine Frau Namens Johnson, die von Kentucky nach Liberia ausgewandert, und da sie Bildung und Rednertalent besitzt, eine mächtige Persönlichkeit geworden ist.

Der Schullehrer im Deutschen Reiche — schreibt die „Hamd. Bürgerztg.“ — ist beinahe eine stereotype Gendarmfigur geworden und es wird Zeit, daß endlich ein Pensionsgesetz zu Stande kommt, das die Verhältnisse des Bildungers der Jugend regelt und bessert. Wie es jetzt damit bestellt ist, ergibt sich aus folgendem: In Gr. Börsendorf trat der dortige Lehrer mit dem 1. Januar d. J. in den Ruhestand mit einer Pension von dreihundertneunundzwanzig Mark nach zweifundfünfzig und einhalb Dienstjahren. Mit demselben Datum durfte sich auch der Lehrer in Stenzen, nachdem er fünfzig Jahre gedient, zur Ruhe setzen, um ganze dreihundertdreißig Mark per Jahr zu erhalten. Seit dem 1. Januar 1883 ist ein Lehrer aus dem Kreise Strehlen zur Ruhe verurtheilt mit dreihundertsechzigundzwanzig Mark Pension, welche die Schulgemeinde aufbringt, und der Aussicht auf einen Staatszuschuß, an welcher, d. h. an der Aussicht, er sich immer noch erfreuen darf. Der Emeritus ist 76 Jahre alt, er und seine Frau sind dauernd krank und gebrechlich und außerdem hat er noch eine erwachsene Tochter zu unterhalten. — Was soll ein Mensch, der sich fünfzig Jahre mit der Jugend herumgeplagt und seine ganze Kraft zu dem Zwecke geopfert hat, mit dreihundert Mark denn eigentlich anfangen? Er ist auf die Gnade seiner Ritterschen angewiesen, wie es denn auch thatsächlich passiert, daß für die Lehrer gelegentlich gebettelt wird. So berichtet die „Magd. Ztg.“ aus Gohlar von einem Geschenk, das einer Ruhelehrerstiftung, welche den Zweck hat, emeritirten Lehrern zu der länglichen Pension eine jährliche Beihilfe zu gewähren, zugesprochen ist. Privathilfe unter der Hand kommt selten in die Öffentlichkeit. Das sind beschämende Zustände für das Reich, welchen so bald wie möglich abgeholfen werden muß!

Dresden, 4. Februar. Wie man dem „Leipz. Tagebl.“ mittheilt, ist dieser Tage durch Gouvernementsbefehl den Soldaten der hiesigen Garnison der Besuch des großen Vergnügungs-Stadtfestments „Tivoli“ auf der Wettinerstraße verboten worden, weil dasselbst in den letzten Wochen mehrfach sozialdemokratische Versammlungen abgehalten worden sind.

Oesterreich Ungarn.

Die Wiener Parlaments-Berichterstatter haben ihren Strich scharf gezeichnet; das Parlament hat lapidular und präzise Smolla hat die Forderungen durchweg bewilligt. Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt zu diesem Strich: „Die Presse hätte ihre Ansprüche auf Erhaltung ihres Bestandes nicht durchsetzen können, hätte sie nicht die öffentliche Meinung auf ihrer Seite gehabt.“

daß an Elly auch keine Spur von Wahnsinn zu finden sei, daß ihr Geist so gesund sei, wie sein eigener, und daß, was einem Uneingeweihten vielleicht an ihr bes fremd scheinen möchte, lediglich ihrem langjährigen Aufenthalt in einem Irrenhause zuzuschreiben sei. Elly schien seine Gedanken zu verstehen, und mit inniger Dankbarkeit blickte sie ihn mit ihren schönen blauen Augen an, welche oft in Thränen schwammen.

Ah, er war ja der Einzige, welcher sich wenigstens Mühe gab, sie zu verstehen, welcher sie nicht behandelte wie eine Unzurechnungsfähige, sondern wie seinesgleichen; und das that ihrem Herzen wohl, so unendlich wohl, daß sie, wenn er ihr die Hand zum Abschiede reichte, dieselbe mit Küffen bedeckte.

Ueber Mr. Forster war Fritz mit seinem Urtheile nicht so leicht fertig.

Freilich auch sie verrieth keine Spur von Wahnsinn, und doch kam es ihm bisweilen vor, als müsse sich bei ihr ein Wahnsinn irgend einmal zeigen.

Wenn die Unterhaltung zufällig einmal eine Wendung nahm, welche ihre Familienvhältnisse berührte, wenn sie über Familien- und Mutterglück sprach, dann nahm ihr Antlitz einen eigenthümlichen Ausdruck an, der so ganz anders war, als der sonstige Ausdruck ihres sanften, edlen Gesichts, daß Fritz nicht umhin konnte, zu meinen: Das ist der Schatten des Wahnsinns, der sich über dieses Dulderantlitz legt.

Allerdings erschien derselbe nur auf Augenblicke, aber für den scharf beobachtenden Arzt waren diese genügend. Noch immer beharrte er bei der Maxime, die er von vornherein eingeschlagen, ihr lebhaft zuzustimmen, wenn sie behauptete geisteskrank zu sein. Sie hörte ihn gern, wenn er auf ihre Meinung über ihren Zustand einging, wenn er sagte: „Sie haben Recht, Mr. Forster, ich bin ganz Ihrer Ansicht, Sie sind geisteskrank und werden allein in Bethesda Ihre Heilung finden.“ Wenn er das sagte, dann war auch sie ihm dankbar, nicht weniger als Elly, auch sie reichte ihm in dankbarer Freundschaft die Hand, wenn er sich verabschiedete.

Den Plan, über Elly's Herkunft und Vergangenheit

Seite gehabt. Aber jeder Zeitungsläser in Oesterreich mußte sich sagen, daß die Wiener Journalisten in ihrem Verhalten in erster Linie die Interessen des Publikums vertreten, für das sie die Informationen sammelten. Das Beispiel dieses Zusammenwirkens von Journalismus und Publikum sollte auch anderwärts und überall da nicht verloren sein, wo man es der Presse an dem nöthigen Entgegenkommen für ihre Berichterstattung fehlen läßt. Es würde das sich in den meisten Fällen als unfehlbares Mittel erweisen. Der Erfolg, welchen der Wiener Journalismus errungen hat, ist außer der Billigkeit des erhobenen Anspruchs und der Unterstützung des Publikums, der Einmüthigkeit der Wiener Presse zuzuschreiben, von der sich keine Parteischattirung ausgeschlossen hatte. Auch diese Einmüthigkeit bei der Berichterstattung der dem Journalismus anvertrauten öffentlichen Interessen ist ein gutes und beachtenswerthes Beispiel.

Frankreich.

In der Deputirtenkammer brachte Tony Revillon (von der äußersten Linken) den Antrag auf Bewilligung eines Kredites von 25 Millionen für die arbeitslosen Arbeiter ein. Revillon verlangte für seinen Antrag die Dringlichkeit. Der Minister des Innern, Waldeck-Rousseau, sprach sich gegen die Dringlichkeit aus und hielt den Antrag überhaupt für unwirksam, da ein Kredit, der auf 23 000 Gemeinden vertheilt werden sollte, nur eine illusorische Hilfe sein würde. Die Unterstützung der Arbeiter sei wesentlich die Sache der Gemeinden und gehe das Staatsbudget nichts an. Im Uebrigen sei er der Ansicht, daß die Annahme des Antrags Revillon, nachdem neuerdings von den Arbeitern in drohender Weise Ansprüche erhoben worden, ein schwerer Fehler sein würde und Gefahren für das Land zur Folge haben könnte. Die Dringlichkeit des Antrags Revillon wurde hierauf mit 298 gegen 125 Stimmen abgelehnt, gleichzeitig wurde die Verweisung desselben an die Kommission beschlossen. Ein zweiter Antrag Revillon's auf sofortige Ausföhrung der öffentlichen Arbeiten wurde angenommen. Die Kammer setzte darauf die Betragung der Polltarife fort, die schließlich auf nächsten Sonnabend verlagert wurde. — Der Senat begann die zweite Lesung des Gesetzes über die rückfälligen Verbrecher. — Zwischen Frankreich und der „Association africaine“ ist in Betreff der Begrenzung der beiderseitigen Gebiete am Kongo ein Einverständnis erzielt worden. Portugal stellte es in Abrede, beide Ufer des Kongo in Besitz genommen zu haben; eine Verständigung zwischen Portugal und der „Association africaine“ erscheint gesichert. — General Beiere de l'Isle telegraphirt, daß er in der Nacht vom 2. zum 3. d. M. den Hügel von Duonan nach einem leichten Treffen, wobei er keinen Verlust erlitten, besetzt habe; die Chinesen scheinen eine Marschroute davon konzentriert zu sein.

Italien.

Das Vorgehen Italiens am rothen Meere hat bellannlich schon Proteste der Türkei hervorgerufen. Daß dasselbe auch an anderen Orten nicht mit günstigen Augen angesehen wird, zeigt folgende Notiz der „Kreuz-Ztg.“: „Die Kaiserin mächte sind, wie wir aus Grund besser Informationen mittheilen können, seitens Italiens über sein Vorgehen weder benachrichtigt, noch über die mit demselben verbundenen Absichten aufgeklärt worden.“ — Ferner wird aus Kairo telegraphirt: Der Gouverneur von Beilul hat gegen die bereits erfolgte Besetzung des Ortes durch die Italiener protestirt. Die aus 40 Soldaten bestehende ägyptische Garnison war genöthigt, sich zurückzuziehen; die ägyptische Regierung hat der Pforte von diesem Vorgange Mittheilung gemacht. — Der „Agence Havas“ zufolge hat die Pforte in einer von ihr überreichten Note konstatiert, daß England ein Einvernehmen mit Italien in Bezug auf die Besetzung ägyptischer Häfen in Abrede gestellt und erklärt habe, England habe Italien darauf aufmerksam gemacht, daß diese Häfen dem Sultan gehörten. Die Pforte habe Italien aufgefordert, seine Truppen aus dem rothen Meere zurückzuziehen. — Die Dampfer „Vespucci“ und „Gottardo“ sind von Suakin nach Massovah abgegangen und dürften bereits dort eingetroffen sein.

Ägypten.

Die Nachricht vom Falle Chartums und der wahrscheinlichen Gefangenschaft Gordon's hat in England eine nicht geringe Bestürzung hervorgerufen. Wolsey war vom Kabinete Gladstone zum Entsahe Gordon's ausgesandt, als das Volk gebieterisch dies Vorgehen forderte; mit enormen Anstrengungen und einigem unverschuldeten Unglück hatte er sich den Weg nach Schendi eröffnet, angeblich sollten schon Dampfer Gordon's bei Schendi eingetroffen sein, und man erwartete jeden Tag die frohe Botschaft von der Rettung des gefangenen Generals, der sich in dem Gouverneurs-hause und dem Gebäude der katholischen Missionäre wie in einer Zitadelle verschanzt hatte, und jetzt kommt statt dessen die Hubschpost. Man wird nicht schlief geben, wenn man annimmt, es werde jetzt die Vermuthung aufzuheben, die negative Nachricht sei nur eine Nothmeldung, da Gordon thatsächlich schon viel länger in den Händen des Mahdi sei. Wie dem auch sein möge: die Expedition Wolsey's erhält fortan einen ganz anderen Charakter; statt Gordon zu entsetzen, muß er ihn jetzt befreien, und ob das mit den

Näheres zu erfahren, hatte Fritz aufgeben müssen. Garrid, der einzige Mann, welcher hätte Auskunft geben können, war todt. Die Andeutungen, welche er kurz vor der Katastrophe, die dem Leben des Unseligen ein Ende gemacht, erhielt, waren unzweifelhaft vom Wahnsinn diktiert; keineswegs aber genügten sie, um ihm für seine ferneren Nachforschungen einen sicheren Anhalt zu gewähren.

Die Ueberzeugung, daß alle seine Bemühungen vergebens seien, daß er für das unglückliche Mädchen, für welches er eine so herzliche, so tiefe Theilnahme fühlte, nichts thun könne, machte ihn oft müthlos und verstümmt. Wohl hundert Mal hatte er in dem Bibliothekzimmer allein gesessen, hatte in den Archiven und Chroniken der Anstalt geblättert, immer nach neuem Anhalt suchend, ja er hatte nicht geruht, bis ihm von der ältesten Vorkeperin die Effekten herbeigeschafft wurden, welche Mr. Elly mit in die Anstalt gebracht hatte.

Da war das Taschentuch mit F. A. gestickt, da war auch das Stück aus der Mitte einer Karte herausgerissen, deren beide andere Theile fehlten. Auf dem Stück, das vorhanden war, und das als Legitimation dienen sollte, waren nur die Buchstaben „adre“ zu lesen.

Wieder und wieder hatte er diese Gegenstände betrachtet, hatte die Notiz gelesen, daß die Kranke reklamirt werden könne durch ihre Angehörigen oder durch Denjenigen, der sie in die Anstalt gebracht.

Der letztere war nicht mehr und konnte sie nicht reklamiren. . . Und ihre Angehörigen? . . .

Darüber, das sah Fritz ein, würde ein ewiges Dunkel schweben.

„Arme Elly!“ seufzte er oft, „ich kann nichts für Dich thun. . . Du wirst eine lebendig Begrabene in diesem Hause bleiben, bis Dich der Tod von Deinem elenden Dasein befreit.“

In einer solchen Stimmung fand er sich, als er eines Tages wieder in Mr. Gesserson's Arbeitszimmer mit diesem über eben diese Angelegenheit sprach. Mr. Gesserson hörte ihn nicht gern darüber sprechen. Es mochte sich ein Wenig sein eigenes Bewissen regen. Er fühlte sich nicht ganz frei

Truppen möglich ist, über welche Wolsey nach den verschiedenen Niederlagen noch verfügt, ist sehr fraglich. Jedenfalls ist die Sudanfrage wieder in den Vordergrund, und der Mahdi eine stehende Rubrik in der Rundschau über die Tagesereignisse beanspruchend. — Wolsey hatte den Oberst Wilson mit einigen Dampfern nilaufwärts nach Chartum kommandirt, die Dampfer mußten aber wieder umkehren, da alle Zugänge Chartums von den Truppen des Mahdi besetzt waren. Bei der fluchtartigen Umkehr strandeten die Dampfer und Wilson mußte sich seinen Soldaten auf eine Insel im Nil retten. Wolsey's Schiffe sofort Hilfe, doch ist bis jetzt noch nichts über das Schicksal der eingeschlossenen bekannt.

Parlamentarisches.

— In der Postsparrassen-Kommission ist der Antrag v. Mantuffel gegen den Widerspruch der Bundesrat's verwerter mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen worden, wonach Postsparrassen an Orten nicht errichtet werden dürfen, wo bereits Sparrassen bestehen und die Kommunalparlamente auf Befragen sich bereit erklären, die Vermittelung der Post-Anstalten für Annahme und Geldauszahlung zc. anzunehmen.

— Die Arbeiterschuss-Kommission des Reichstags sagte auch gestern noch keine Beschlüsse. Seitens der sozialdemokratischen Mitglieder wurde beantragt, die Betragung auszuschieben, bis der von der Partei im Plenum eingeleitete Gesetzentwurf in erster Lesung beraten und der Kommission überwiesen sei. Auch hierüber wurde noch kein Beschluß gefaßt.

— In der polnischen Sprachen-Kommission ist heute der Antrag Velocha zum § 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes angenommen worden, welcher kleine Gerichtsämter bei Führung des Neben-Protokolls in der polnischen Sprache enthält.

— Die Budget-Kommission berieth heute den ihr gestern vom Plenum überwiesenen Ergänzungsetz pro 1885/86. Sie bewilligte zuerst die geforderten 10 000 M. für die Verlegung des Kaiserlichen Kadettenhauses in Stolp. Zur Erweiterung des Dienst-Gebäudes des statistischen Amtes wurden 150 000 Mark bewilligt. Darauf folgte die Beratung der Forderung von 98 000 M. für Beamtengehälter und 152 000 M. für Bauten in Komorn, Logo und Anara-Bequena. Der Reg.-Kommissar Geh. Rath Hellwig erklärte bei Beginn der Generaldebatte, daß nicht in der Absicht der verbündeten Regierungen liegt, den betreffenden Landstrichen Reichsgebiete zu übertragen u. A. mit der Folge, daß die Reichsregierung daselbst führt werde. Die Gebiete sollen lediglich dem Schutz des deutschen Reiches unterstellt werden und die Frage, welche Rechtsnormen daselbst zur Anwendung gelangen sollen, nach Maßgabe des hervortretenden Bedürfnisses durch die Rabinetsordre zu regeln. Die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches, so wie die des deutschen Strafgesetzbuchs stehe wohl außer Zweifel, im Uebrigen werde man wohl auf das Recht zurückgreifen müssen, weil dasselbe den Rechtsanschauungen der bunt gemischten Bevölkerung wohl am meisten entspricht. Nach längerer Diskussion, welche hauptsächlich vom Richter und Herrn v. Kusjerow geführt wurde, gelangte der Antrag zur Annahme, daß die Herren Regierungskommissäre ihre Erklärungen bis zur nächsten Sitzung schriftlich formulieren möchten, wonach seitens der Kommission verlangt wurde, Richter möchte auch seine Anträge schriftlich aufstellen. Dies geschah.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages ertheilte gestern die Wahlen der Abg. Richter (Weißhollend) und Halben (Winneberg) für gültig.

Der (in Breslau domicillirte) geschäftsführende Ausschuss des Landesvereins preussischer Volksschullehrer protestirt eine (am 3. Dezember v. J. im Reichstage gehaltenen) Verhandlung des Abg. Windthorst: „In Preußen sind die Schulen jetzt vollkommen entchristlicht und die Religion ist aus dem Lande verbannt.“

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Wesentliche Sitzung vom 5. Februar. Die Sitzung begann mit der Einführung der neuen Statuten. Ralsch und Beelty, die der Vorleser nach kurzen Begründung durch Handschlag an Kindesstatt verpflanzte. — Zum Vorsitzenden des Staatsausschusses wurde in dem Theilungen vor der Sitzung der Stadt. Dr. Stragmann zum Vorsteher-Stellvertreter der Stadt. Dr. Stragmann die Schriftführung wird das Bureau übernehmen. — Im Laufe des Tages ist den Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung der Entwurf einer neuen Bauordnung zugegangen, auf Vorschlag des Stadt. Dr. Stragmann wählte der Stadt eine Ausschuss zur Vorberathung dieser Angelegenheit. Die Tagesordnung eintretend, erledigte die Versammlung

von dem Vorwurf, daß er aus Interesse für die Kranke damals, als die Zeit geleger war, nicht genug gethan habe, um über Elly's Herkunft Näheres zu erfahren, war ihm daher angenehm, als sich die Oberaufseherin Abtheilung für weibliche Kranke bei ihm melden ließ. „Sie wünschen, Mr. Dobberton?“ fragte Mr. Forster die Frau, welche er Mr. Forster zur speziellen Begegnung hatte. „Hat vielleicht Ihr Pflegling einen Wunsch?“

„Mr. Forster läßt Sie bitten, Herr Direktor, Sie selbst statt des Herrn Rodenburg sie heute besuchen.“ „Das ist sonderbar!“ sagte Fritz. „Ich glaube, Mr. Forster gerade zu mir besonderes Vertrauen bezeugt, da ich ja auf ihre Ansicht immer so bereitwillig eingegangen bin.“

„Sie hält auch große Stücke auf Sie,“ versetzte Wärterin. „Sie rühmt Sie stets, und hat oft gesagt, sie sich jedesmal auf die Stunde freue, wenn Sie kommen; sie hat aber diesmal ein Anliegen, das sie dem Direktor vortragen kann.“

„Ich ahne, was es ist,“ sagte Gesserson. „Sie wollen jedenfalls die Anstalt zu verlassen. . . Ich kann es nicht verhindern, und wenn es mir auch in Bezug auf finanziellen Interessen der Anstalt ganz angenehm ist, sie jedes Jahr hier einlehrt und sich einige Monate aufhält, so thut mir doch diese Patientin leid.“

„Die glückliche Frau, welcher nichts fehlt, als die Körperkräfte, vermuthet den Sieg ihres Leiden in ihrer eigenen Ein Beweis, daß sie sich darin täuscht, ist der, daß sie jedesmal überzeugt, daß auch hier für sie keine Aussicht ist.“

„Ich erkenne keine Konsequenz in Ihrem Verhalten, Herr Direktor; verzeihen Sie mir diese Bemerkung,“ sagte Fritz. „Sie halten Elly für krank, weil sie krank zu sein. . . und halten Mr. Forster für obgleich sie behauptet, krank zu sein.“

„Wann Mr. Forster sagt, daß sie sich geistig gesund fühlt, so glauben wir ohne Weiteres. . . sagt das Elly, so halten wir für ein Zeichen von Wahnsinn.“

„Sie sind noch nicht lange genug in der Anstalt,“

hundert ein
Aufhebung
am entja
Namens de
die Verlam
vom 28. D
Vorlage, d
der Kanal
eingegangen
von der K
Rednungs
Verlammlu
28. Deabr.
Gesamtheit
halte geneh
aus dem U
jahr 1882/
mungsauß
südtischen
und der f
zu nehme
in Zukunft
Posten der
Grund der
angenomme
des Aussch
wenig Bede
Verlammlu
27./28. Ge
des Schulb
landen und
Verlammlu
treffen, daß
wie bei Ne
zur auf Gr
Größe der
angegenom
Stadt. Ger
Neubau ein
Kulmstraße
und nach d
weiter die
Krausfir. 21
noch dem I
Auch wurde
Verbreitun
haben Terra
Kagaginstr.
wurde besch
verstärken u
Kaufschiffe
Berionen v
nahme — E
Dr. Stör
von Reichs
den. De
von Vorich
gestalt wer
nicht Abpf
Wesseite)
der König
Vertrag ab
beritirten
Verabhandl
1885/86 a
im Laufe d
Verläufe
von der Sä
Friedrich
angrenz
von
Kommun
Geh. und
Lep. Dr. I
jahren Freil
Friedrichs
den Realis
regung d
1885/86
wird die
so rasch wie
Richten mo
und betonte
in diesem
dem Dank d
nicht auf N
sich heute
ten. Stadt
und über d
der Stadt
ferner, daß

Die Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie.

Die drei Briefe an einen Staatsmann, welche der frühere österreichische Handelsminister Schöffle unter diesem Titel veröffentlicht, sind nach mehreren Seiten eine recht würdige Antwort. Es ist einmal, daß man die Sozialdemokratie gerade jetzt tadelt, nachdem sie bei den Wahlen so überraschende Lebenszeichen von sich gegeben hat. Rechtswürdig ist aber auch, daß der neue kritische Bericht des Sozialismus derselbe Schriftsteller und Gelehrte ist, dessen „Quintessenz“ sich zur richtigen Würdigung und zur Verbreitung des Sozialismus beigetragen hat und deshalb auch eine Zeit lang auf dem Index des Ausnahmengesetzes stand.

Man hat Schöffle früher einen großen Antheil an der deutschen Arbeitervereinsgesetzgebung zugeschrieben. — Seine neueren Ausführungen beweisen aber, daß sein Rath durchaus nicht maßgebend gewesen ist, und daß wichtige Grundzüge der Kranken- und Unfallversicherung von ihm nicht herkommen. Auf die deutschen leitenden Kreise hat Schöffle allem Anschein nach gar keinen Einfluß mehr. — Und auch die Behauptung ist entschieden falsch, daß Schöffle der ökonomische Rathgeber der österreichischen Konservativen sei und daß verschiedene Entwürfe auf seine Anregung zurückzuführen. Die österreichischen Konservativen — in ihren Kenntnissen ziemlich beschränkt, wenn auch nicht so beschränkt wie die preussischen — scheinen vielmehr drei Kreuze zu machen, wenn sie von Schöffle hören; jedenfalls haben sie nicht die nötige Zeit und das nötige Verständnis, die etwas schwer verständlichen Schriften seines ehemaligen Kollegen zu lesen. Die bitteren Aeußerungen Schöffle's lehren das zur Genüge. „Die Bellemungen der konservativen Parteifreunde, die mich bei Ihnen verlagert haben, kommen mir nicht unerwartet. Nicht für die Gedanklosigkeit dieser friedlichen Herren hätte ich zu schreiben und habe ich geschrieben.“ „Verlangen die konservativen Herren Schriften von mir nicht zu lesen? Immerhin will ich aus Ihren Mittheilungen eine gute Lehre schöpfen: ich werde künftig an die Bekämpfung einer unglücklichen „Freunde“ denken.“

Das Gefühl der Einsichtslosigkeit und des Hoffnungslosigkeit mag Schöffle tief entnervt und ihn Schritt für Schritt von seiner alten Religion zum Sozialismus zurückgedrängt haben, daß er jetzt einen gänzlich veränderten Standpunkt einnimmt. Man läßt sich heute nicht mehr verdeden und ableugnen, was auch Schöffle dagegen protestirt. Er hat früher den Sozialismus ethisch aufzufassen und daraus seinen Verlust, und er hat dabei zu einer sehr günstigen Beurtheilung gelangt. Heute malt er sich und anderen ein Schreckensbild vor und die Worte nicht stark genug finden, um seinen Abscheu vor diesem Schreckensbild auszudrücken.

Der Sozialismus verlangt nach ihm: „möglichst wenig Arbeit bei allgemeinem Studiren oder — Schwergelagen, die lästige und unerlässliche Arbeit ganz gleich ausgebehalten, die dreißtündigen Arbeitstag und das allgemeine Gehaltssystem müssen! Dafür möglichst viel, aber für Alle gleich Genug; entweder keinen Champagner oder für Alle gleich. Möglichst keine Regierung (Anarchismus) oder doch gleich Antheil Aller an der Regierung in absoluter Vollhoheit.“

Die hundertjährige Vermischung der Rechtsindividualisten mit dem Heirathismus (der sog. Ehepolitik, Mischehe) immer hinweg. Dieser Zustand würde fraglos wiederkehren. Die hundertjährige Vermischung der Rechtsindividualisten mit dem Heirathismus (der sog. Ehepolitik, Mischehe) immer hinweg. Dieser Zustand würde fraglos wiederkehren. Die hundertjährige Vermischung der Rechtsindividualisten mit dem Heirathismus (der sog. Ehepolitik, Mischehe) immer hinweg. Dieser Zustand würde fraglos wiederkehren.

Die hundertjährige Vermischung der Rechtsindividualisten mit dem Heirathismus (der sog. Ehepolitik, Mischehe) immer hinweg. Dieser Zustand würde fraglos wiederkehren. Die hundertjährige Vermischung der Rechtsindividualisten mit dem Heirathismus (der sog. Ehepolitik, Mischehe) immer hinweg. Dieser Zustand würde fraglos wiederkehren.

Die hundertjährige Vermischung der Rechtsindividualisten mit dem Heirathismus (der sog. Ehepolitik, Mischehe) immer hinweg. Dieser Zustand würde fraglos wiederkehren. Die hundertjährige Vermischung der Rechtsindividualisten mit dem Heirathismus (der sog. Ehepolitik, Mischehe) immer hinweg. Dieser Zustand würde fraglos wiederkehren.

Politische Uebersicht.

Der Bundesrath hat in seiner vorgestrigen Plenarsitzung den Bescheid, betreffend die Ergänzung des § 7a des Reichsbeamtengesetzes (Disziplinarsachen), und einen Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gerichtsbeschaffungsgesetzes und der Strafprozessordnung, an den Justizauschuss überwiesen. Der Gesetzentwurf bringt eine Reihe von Abänderungen, betreffend die Zusammenfassung u. s. w. der Schwurgerichte, in Vorschlag. Die Beratung der Ausschuss-Anträge wegen Ausdehnung der Unfallversicherung der Bauhandwerker auf Eisenbahnen, Puffer u. s. w. wurde noch nicht abgeschlossen. Von dem Justizauschuss des Bundesraths hat vorgestern

die Beratung des Antrages des Reichskanzlers, betreffend den Abschluß eines Auslieferungsvertrages mit Rußland begonnen. Es hat den Anschein, als ob das vorläufige preussisch-russische Uebereinkommen vom 13. Februar d. J. im Bundesrathe manichische Abänderungen erliden werde.

Auf Grund des Sozialistengesetzes ist die Nummer 1 des 1. Jahrganges der zu New-York erscheinenden periodischen Druckschrift: „Der Sozialist“, Zentralorgan der sozialistischen Arbeiterpartei von Nord-Amerika, herausgegeben vom National-Exekutiv-Komitee, verboten worden.

Die Gewerkschaften des Herrn Max Hirsch haben hier wieder einmal gelagt; dies Mal, um Stellung zur Arbeitervereinsgesetzgebung zu nehmen. Das Referat hatten Herr Hirsch selbst und der sogenannte Vorzeelanarbeiter Bey übernommen, welche letzterer als „freimüthiger“ Kandidat an Stelle von Klog bei den Nachwahlen im nächsten Berliner Wahlkreise sehr trübe Erfahrungen gemacht hat. Früher wies der Fortschritt mit Wohlgefallen auf die Gewerkschaften als leuchtende Beispiele der freien Selbsthilfe hin; als der Fall Pampel eintrat und die Behörde sich für die Berechnungen und Bücher zu interessiren anfangte, wollte man von dieser fortschrittlichen Institution nichts mehr wissen. In der jüngsten Versammlung war die freimüthige Fraktion wieder durch die Abgg. Rieder und Baumbach vertreten. Eine lange Resolution spricht sich u. A. auch für den Normalarbeitstag aus, aber nur „mit Hilfe der Arbeiterorganisationen und der fortschreitenden Sitte!“ — Man könnte sich buchstäblich lachen, wenn die Sache an und für sich nicht so ernst wäre!

Ueber die geplante Aenderung bei den Schwurgerichten bringt die nationalliberale „Nat.-Ztg.“ folgenden Artikel, dem wir im Wesentlichen zustimmen können: „Die dem Bundesrathe zugegangene Vorlage, wonach die Zahl der Geschworenen von 12 auf 6 herabgesetzt werden soll, muß — wenn anders darin nicht der Versuch des Uebergangs zur vollständigen Befestigung der Schwurgerichte zu erblicken ist — als eine sehr unglückliche Improvisation bezeichnet werden. In neuerer Zeit waren Klagen über die Belästigung der zum Schworendienst verpflichteten Personen durch die Bestimmungen über die Bildung der Geschworenenbank laut geworden; gegen den Versuch, dieselben zu vereinfachen, ist nichts einzuwenden; der Vorschlag des Reichsjustizamts aber würde das Schwurgericht dergestalt verkommen lassen, daß, so lange nichts Besseres zum Ersatz desselben vorgeschlagen wird, entschiedenem Widerspruch erhoben werden muß.“

Die Herabsetzung der Zahl der Geschworenen von 12 auf 6 ist schon an sich mit der Idee dieses Volksgerichts unvereinbar. Man kann verschiedene Meinungen darüber sein, ob bei gelehrten Gerichten die Garantie für sachgemäße Urtheile mit der Zahl der Mitglieder wächst. Das Geschworenen-Gericht aber soll die Volkseinsicht über Recht und Unrecht repräsentiren, und deshalb muß die Zahl der Mitglieder so groß sein, daß nicht Schaulusthaftigkeit oder subjektive Voreingenommenheit des Einzelnen darin ein erhebliches Gewicht ausüben kann. Natürlich ist 12 nicht als sakramentale Zahl zu betrachten, welche keiner Aenderung unterliegen könnte. Das Herabgehen auf 6 aber würde allerdings der Jury die Eigenschaft einer Vertretung des Volkswillens nehmen; diese Zahl ist zu klein, um eine Vertretung und Ausgleichung verschiedener Anschauungen zu ermöglichen. Praktisch läme die Aenderung auf eine erhebliche Verminderung der Rechtsgarantie für den Angeklagten heraus: während jetzt zur Beurtheilung 8 (von 12) Stimmen erforderlich sind, wären künftig 5 (unter 6) genügend. Bei Wahrsprüchen, welche dem Angeklagten nachtheilig sind und mit 4 gegen 2 Stimmen gefest werden, soll der Ergänzungsanspruch des Gerichtshofes notwendig sein, wie früher in Preußen bei Verdikten mit 7 gegen 5 Stimmen. Die deutschen Justizgesetze haben diese Einrichtung mit Recht als eine völlig prinzipiell abgelehnt; nach dem Entwurf des Reichsjustizamts aber würde sie ungleich häufiger praktisch werden, als ebendamals in Preußen, denn Wahrsprüche mit 4 gegen 2 Stimmen werden bei 6 urtheilenden Geschworenen sehr oft vorkommen. Ein solches ergänztes Verdikt ist kein Schwurgerichtsurtheil und kein Juristen-Urtheil, nicht Recht und nicht Nichts, die beiden urtheilenden Kollegien können dabei von ganz verschiedenen, einander vielleicht widersprechenden Voraussetzungen ausgegangen sein. Will man Laien- und Juristen-Urtheil organisch verbinden, dann muß man auf den Plan des verstorbenen Ministers Leonhard zurückgreifen, der den gesammten Strafprozeß einheitlich in „großen“, „mittleren“ und „kleinen Schöffengerichten“ organisiren wollte. Der gegenwärtige Vorschlag scheint uns durchaus unannehmbar.“

Frankfurt a. M. Man thut wohl daran, den Frankfurter Nachrichten über den Gang der Untersuchung wegen des Rumpffalles Nordes so wenig als möglich zu trauen. In der „Frankf. Ztg.“ bezeichnet heute das Polizeipräsidium die Nachricht, Viehle sei in Best gewesen, als unrichtig, und im „Frankf. Journ.“ dementirt der Untersuchungsrichter Fabricius die Meldung von einer vergeblichen Konfrontation des Viehle mit Bewohnern des Sachsenlagers. — Dem „Zürcher Vaterland“ geben von Altdorf, im Raanton Uri, folgende Mittheilungen zu: „Julius Viehle trat im Herbst 1882 bei Schustermeister J. in hier in Konvulien und war auf einer Wanderschaft auf der von deutschen Handwerksburschen sehr beliebten Gotthardroute begriffen. Bei diesem Meister stand er fast ein volles Jahr in Arbeit und es scheint derselbe mit seinem Gesellen recht wohl zufrieden gewesen zu sein. Nach eigener Aussage des Herrn J. führte der Geselle im Ganzen einen eingezogenen stillen Lebenswandel, suchte selten Gesellschaft auf und an Sonn- und Feiertagen machte er öfters einsame Spaziergänge. Den sog. „blauen Montag“ soll er nicht gekannt haben. Mit Lebkühe habe er sich wenig oder gar nicht beschäftigt. Von Statur sei er groß und stark und die Haarfarbe blond, ferner, weil beim Eintritt erst ca. 19jährig, barlos. Von mehreren Wädern soll er der Jüngste sein. Einer derselben, als Sänelbergeselle auf der Wanderschaft begriffen, besuchte ihn im Jahre 1883, stand bei einem Meister ca. 14 Tage in Arbeit und zog dann wieder weg. Im Herbst 1883 verließ auch Julius Viehle Altdorf und wandte sich nach Genf, wo er sich ebenfalls lange Zeit aufhielt. Sein früherer Meister und auch die Meisterin, welche durch die bisher erschienenen Zeitungsnachrichten von der Angelegenheit Kenntniß haben, sind nach Beschreibung resp. Stadtbrief von der Identität überzeugt, geben aber ihrer Vermuthung über dessen That Unabdruck, indem sie denselben einer solchen That unfähig gehalten hätten. Viehle muß also erst später in Verbindung mit Anarchisten gekommen sein.“

Ueber die in Dresden vorgekommenen Landesverweirungen bringt heute das „Dresd. Journ.“ folgende Mittheilung: „Bereits seit Jahren haben sich hier lebende Reichsausländer, namentlich die zahlreich hieselbst vertretenen Arbeiter aus Böhmen, an der sozialdemokratischen Agitation betheiligt. Diese Agitation hat im Laufe der Zeit eine Schärfe angenommen, welche die Gefahr nahe legte, daß die im Allgemeinen gemäßigtere und ruhigere Bewegung unter der hiesi-

gen Arbeiterschaft dadurch einen bedrohlicheren Charakter annehmen würde, und um dem zu begegnen und die dem Staatswohl gefährliche Agitation niederzuhalten, hat sich die hiesige königliche Polizeidirektion veranlaßt gesehen, mehrere bisher hier wohnhaft gewesene ausländische Arbeiter des Landes zu verweisen. Wie wenig streng übrigens hierbei die Behörde verfahren ist, und wie wenig man Anlaß hat, über eine Haupt- und Staatsaktion zu klagen, beweist der Umstand, daß bis jetzt lediglich fünf dergleichen Personen, darunter vier aus Böhmen und einer aus Wien, von dieser Maßregel betroffen worden sind, welche allerdings vielleicht noch über den einen oder der den andern von Denjenigen, die sich in gleicher Weise als dem Staatswohl gefährlich erweisen, verhängt werden könnte.“

Frankreich.

Ueber die gestrige Sitzung der französischen Deputirtenkammer, in welcher der Antrag der äußersten Linken, einen Kredit von 25 Millionen für die beschäftigungslosen Arbeiter zu bewilligen, als nicht dringlich an eine Kommission verwiesen wurde, theilt der „Voff. Zeit.“ ein Privat-Telegramm aus Paris heute noch folgende Einzelheiten mit: „Tony Réaillon sagte gestern in Begründung des von ihm gestellten Antrages, daß unter den Arbeitern entsetzliches Elend herrsche und allein in Paris mehr als 400,000 Personen hungerten; die Ehre der Republik erfordere, daß man ihnen helfe. Minister Waldeck-Rousseau erklärte: „Auch auf dem Lande, nicht bloß in Paris herrscht Elend. Die Regierung kann jedoch einer allgemeinen europäischen Krise nicht durch Almosen abhelfen, das ist Aufgabe der Gemeinden. In Lyon mußte man die Arbeiter gegen diejenigen schützen, welche den Zustand des unbeschäftigten Arbeiters zur Höhe eines Berufs erhoben haben. Die Anarchisten durch ein Parlamentsvotum aufzumuntern, wäre ein Verbrechen, eine Selbsttäuschung und eine Gefahr.“ Wie das Telegramm weiter meldet, sprachen die Abgeordneten der Arbeiter gestern auch bei Ferry vor, der sie jedoch nicht empfing. — Uns scheint es, als ob sich der Herr Minister bezüglich der Parteistellung der Deputation in einem Irrthum befunden hat, denn bekanntlich wenden sich die Anarchisten nicht an die Gesetzgebung. Auf eine Kritik der Forderungen der Arbeiterdeputation können wir uns nicht einlassen, da dieselben in den Zeitungsberichten jedenfalls entstellt wiedergegeben sind.“

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 6. Februar, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrathes v. Boetticher, von Schelling u. A.

Auf der Tagesordnung steht folgende Petition der Handels- und Gewerkskammer für Oberbayern und anderer Korporationen: „Der Reichstag wolle dahin wirken, daß von Seiten der Reichsregierung 1. ein Reichskommissarius für die Weltausstellung in Antwerpen ernannt, sowie 2. eine angemessene Subvention aus Reichsmitteln für eine des deutschen Gewerbes würdige Ausstellung zur Verfügung gestellt werde.“

Referent Abg. No 56: Die Petitionskommission empfiehlt den Uebergang zur Tagesordnung, weil sie den Standpunkt der Reichsregierung gegenüber diesen Ausstellungen theilt, die von einzelnen Gesellschaften einberufen und von deren Belieben abhängig, völliger Regellosigkeit andeinzufallen drohen. Es wäre übrigens jetzt für eine Reichssubvention zu spät, da der Anmeldefrist für Antwerpen am 15. Januar d. J. abgelaufen ist. Eine jetzt noch gewährte Subvention würde den Charakter der Ausstellung, die aus rein privater Initiative hervorgegangen ist, völlig ändern und den Glauben erwecken, als ob Deutschland Vollständigere, als bisher dort von Deutschen auf privatem Wege geleistet sei, überhaupt nicht zu bieten habe, was doch sehr bedenklich wäre. Auch müssen wir auf die Rücksicht nehmen, die sich von der Ausstellung ferngehalten haben, weil auch die Regierung ihr ferngeblieben ist, die sich mit Recht beklagen könnten, wenn jetzt noch in zwölfter Stunde eine Subvention bewilligt würde. Ich empfehle daher, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, hoffe jedoch, daß den deutschen Ausstellern auch in Ermangelung eines Reichskommissars Schutz und Förderung durch die konsularische und sonstige Vertretung gewährt werden wird.

Abg. Sedlmayr: Angesichts der ablehnenden Haltung, die die Regierung gegen Ausstellungen im Allgemeinen einnimmt, und der thatsächlichen Verhältnisse, ist es wohl nicht angezeigt, die Petenten zu unterstützen, zumal das deutsche Komitee in Antwerpen bereits einen eigenen Kommissar aus seiner Mitte gewählt und sich darin gefunden hat, von der Regierung keine Hilfe mehr zu erhoffen. Uebrigens unterscheiden sich ihre Erklärungen in der Kommission sehr wohlwiegend von dem Ausschreiben des Reichskanzlers des Innern vom November v. J., in dem die Ablehnung strikt ausgesprochen, aber nicht motivirt wurde, und das in den betreffenden Kreisen nicht Befriedigung, sondern höchstes Entsetzen erregte. Die Reichsregierung macht einen Unterschied zwischen Ausstellungen, die aus staatlicher Initiative, und solchen, die aus Privatthätigkeit hervorgegangen sind und einen offiziellen Charakter gewinnen, dadurch, daß ein Staat das Protektorat übernimmt, und andere Staaten sich bereit erklären, offiziell ihre Vertreter zu schicken. Aber für die Zukunft wird man sich wohl an diesen Unterschied genöthigt müssen. Wird eine Ausstellung von einem Staate angeregt, so wird die Agitation in dem Lande, das eine Einladung angenommen hat, viel stärker sein, und die Ausstellung selbst wird reicher beschickt, so daß sie ein Gesamtbild der Fortschritte der Industrie und der Technik darbietet. Solche Ausstellungen müssen von Zeit zu Zeit stattfinden. Aber Ausstellungen wie die Antwerpener haben doch einen ganz anderen Charakter: da ist im Sinne eines internationalen Unternehmens nur die Industrie des eigenen Landes vertreten, Ausländer betheiligen sich nur in soweit, als sie eine Erweiterung des Exports hoffen oder als sie fürchten, daß ihr Fernbleiben die fremde Konkurrenz stärken könnte. In dieser Beziehung ist die Antwerpener Ausstellung kein Schaden, ein solcher entsteht nur bei den großen internationalen Ausstellungen mit Staatssubvention. Da stellen viele Leute aus, die gar keinen Nutzen von den Ausstellungen haben, die nur durch die Agitation dazu verleitet sind. Eine häufige Wiederholung solcher Ausstellungen ist allerdings ein Krebsgeschwür für die Industrie. Wenn sich aber ein Industrieller freiwillig und aus eigenem Interesse an einer Ausstellung, wie in Antwerpen, betheiligt, so kann man darin keinen Schaden für die Industrie sehen. Nun ist aber die Betheiligung an der Antwerpener Ausstellung eine sehr zahlreiche. Seit Eingang der Petition ist die Zahl der Aussteller von 800 auf 800 gestiegen, und es ist daher sehr zu beklagen, wenn sie keine offizielle Vertretung genießen soll, deren Nutzen ja hauptsächlich in der Autorität gegenüber den anderen, auch staatlichen Kommissaren besteht, die ein Privatkommissar wohl selten haben wird. Welchen Werth Industrievereine auf sie legen, beweist die Petition des Kunstgewerbevereins in München, der es geradezu zu einer Bedingung ge-

macht hat, wenn ein staatlicher Kommissar ernannt wird. Was die Kosten betrifft, so geben Frankreich, Belgien und andere Staaten wohl zu oft und zu viel Geld für Ausstellungen aus. Die deutsche Industrie beklagt sich aber nur mit einer würdigen Ausstattung der Ausstellungsräume und ihrer Ausförmung durch Künstlerhand, die auch die Arrangements zu treffen hat. Da läßt sich mit geringen Mitteln ebensoviele erreichen, als die französische Industrie mit großen Mitteln erreicht. Zu der Privatvertretung fehlt in verschiedenen Industriezweigen das Vertrauen, und es fehlt eine Garantie für den Erfolg, die darin liegt, daß der Staat alle Geschäfte gleichmäßig behandelt. Dauert die ablehnende Haltung der Regierung gegen Ausstellungen fort, so werden die Aussteller ihnen immer mehr fern bleiben und die Reklame entbehren müssen, von der die Aussteller anderer Staaten, die für diesen Zweck etwas aufwenden, Nutzen ziehen. Jetzt noch in dieser Richtung etwas zu thun, ist wohl zu spät, aber wenigstens sollte der deutsche Generalkonsul in Antwerpen, von der Reichsregierung speziell angewiesen werden, dem deutschen Komitee in jeder Weise zur Seite zu stehen und seine Befürdungen zu unterstützen. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Boetticher: Die Regierung ist überzeugt, daß sie mit ihrer Reserve den Privatausstellungen gegenüber auf dem rechten Wege ist nicht bloß im Interesse der Finanzen, sondern auch der Industrie selbst. Wir leiden offenbar an einer Ueberproduktion von Ausstellungen, und es wäre unmöglich, alle die Projekte staatlich zu fördern, die in den letzten zwei bis drei Jahren aufgelaucht sind. Ich habe mir nur aus dem Gedächtnis aufgeschrieben: eine Fischerei-Ausstellung in London, eine Bergbau-Ausstellung in Madrid, eine Ausstellung für Elektrizität in Turin, drei Ausstellungen für Elektrizität, für Pharmacie und graphische Künste in Wien, eine hygienische Ausstellung in London und die Weltausstellungen in Nizza, Boston und Kalkutta. Da ist es doch der Reichsregierung geradezu unmöglich, allen Anträgen auf Unterstützung nahe zu treten, selbst wenn man es mit geringeren Mitteln thun kann, als die französische Regierung für die Antwerpener Ausstellung aufwendet, nämlich 750 000 Franc, gleich 600 000 M., aber Sparmaßregeln würden auch geringere Unterstüßungen nicht erlauben, ebensowenig wie die Rücksichten auf die Industrie selbst. Ich erinnere nur an die letzte Ausstellung in Amsterdam, wo ja ein Reichskommissar angewiesen war, wo es aber doch nicht gelungen ist, der deutschen Industrie die gehörige Stellung zu verschaffen. Anders ist es ja mit den staatlichen Ausstellungen, da übernimmt die Regierung, in deren Lande eine Ausstellung etabliert wird, die Verantwortung, daß auch Alles mit rechten Dingen zugeht, da können wir auch auf diplomatischem Wege eine gehörige Stellung für unsere Industrie verlangen. Es ist nötig, das Tempo der Ausstellungen zu verlangsamen. Es ist ja unmöglich, daß die Industrie in den kurzen Zwischenräumen solche Fortschritte macht, daß sie in der Konkurrenz mit anderen Staaten Neuzug und Besseres bringen kann, wie in den letzten Ausstellungen. Die Ausstellungen machen sich vielleicht im Einzelnen bezahlt, aber der großen Menge der Aussteller bringen sie nichts ein. Vorteilhaft ist es, wenn in längeren Perioden gut und tüchtig ausgestattete internationale Ausstellungen für einzelne Betriebszweige stattfinden, und auch der Herr Vorredner hat eine ganze Menge von Argumenten angeführt, die dafür sprechen, daß ich das Nichtigste getroffen habe. In Antwerpen wird das eigene Land mit dem Schwergewicht seiner Leistungen auf die ausländische Industrie drücken und diese in eine schlechte Position bringen. Soll unsere Ausstattung eine wirksame sein, so muß sie auch den Ausstellungen anderer Staaten ebenbürtig sein, sonst ist sie nur dürftig wie in Amsterdam. Allerdings gehört Klappen zum Handwerk, aber es macht große Summen nötig. Der Vorredner meinte, das Verhalten der Regierungsvorsteher habe wohlthuend abgestochen gegen das Rundschreiben des Reichsamts des Innern. Ein solches ist an Korporationen überhaupt nicht ergangen, sondern nur an die Einzelregierungen, die ja mit uns dieselbe Haltung für angemessen erhalten. Wir haben übrigens gar keine offizielle Einladung erhalten, deshalb hatte die Regierung auch keine Veranlassung, sich mit der Frage der Subvention zu beschäftigen. Vielleicht ist das geschehen, weil unsere Stellung zur Subventionsfrage bekannt war. Ich bitte Sie also mit dem Referenten über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, ich glaube, daß es noch Dringenderes giebt, wozu wir den Reichsschickel öffnen müssen. Das den Antwerpener Ausstellungen, soweit es nach Lage der Dinge möglich, konsularischer und gesundheitspolizeilicher Schutz zu Theil werden soll, ist ganz selbstverständlich. Es wird ihnen wie jedem Deutschen im Auslande konsularischer und gesundheitspolizeilicher Schutz zu Theil werden.

Abg. Broemel: Für die zuletzt von dem Herrn Staatssekretär kundgegebene Bereitwilligkeit der Reichsregierung, so weit es angeht, mit den vorhandenen Kräften und Mitteln in Antwerpen die Fackel der deutschen Aussteller zu fördern, können auch die sich nur dankbar einverstanden erklären, welche in der Kommission den völlig ablehnenden Standpunkt der Reichsregierung bekämpft haben. Auch für die Freunde der Wünsche der Betenden war es ja klar, daß im jetzigen Stadium eine energische offizielle Beteiligung nicht mehr recht thunlich ist, und so hat sich auch die Minderheit der Kommission dem Kommissionsantrag selbst angeschlossen, aber die Diskussion hat doch zu recht wichtigen allgemeinen Ergebnissen geführt. Allerdings hat auf dem Gebiete des Ausstellungswesens in den letzten Jahren eine Art von Ueberproduktion stattgefunden, und erscheint eine gewisse Zurückhaltung in der amtlichen Beteiligung auf diesem Gebiete ratsam; aber dieser Grundsatz der Zurückhaltung hat nach den Erklärungen der Regierung eine Form angenommen, die der allerersten Betrachtung weiterer Kreise werth ist. Mit vollem Recht erläßt Herr v. Boetticher, daß die Reichsregierung doch nicht jeder Unternehmung privater Initiative eine Subvention aus Reichsmitteln durch Unterstützung der deutschen Aussteller gemäßen könne; etwas anderes ist es doch, ob die Reichsregierung mit dieser Darlegung einen absolut ablehnenden Standpunkt allen Unternehmungen gegenüber einnimmt, welche nicht von Staatswegen und nach vorausgegangener Vereinbarung zwischen den betreffenden Staaten ins Werk gesetzt werden. Das wäre nicht mehr eine Reserve, das wäre völlige Abstinenz. Bisher hat die Regierung damit Sonderliches nicht erreicht, noch weniger wird sich diese Stellungnahme den deutschen Exportinteressen für die Zukunft förderlich erweisen. Die Reichsregierung müßte jeden einzelnen Fall prüfen, ob in der That ein Eintreten des Reiches nützlich und nötig sei oder nicht. Das Beispiel der Antwerpener Ausstellung und ähnlicher Unternehmungen zeigt, wie die Sache meistens gegangen ist: es haben sich aus privater Initiative eine Reihe von Industriellen zusammengefunden, um die Ausstellung zu besorgen. Das eigene Interesse, welches berührt wird von den Opfern, welche diese Privatbeteiligung erfordert, würde auch die beste Schranke gegen eine unnütze und überflüssige Unternehmung sein. Für Antwerpen haben sich unsere Industriellen sehr zahlreich und unter bedeutenden Opfern engagiert; somit hätte dieses Unternehmen wohl eine bessere Behandlung verdient als diese prinzipiell ablehnende Reserve. Dazu kommt noch die Rücksicht, welche unsere Industrie auf das konkurrierende Ausland zu nehmen hat; es wäre doch eigentümlich, wenn demnach die konkurrierenden Länder unter Anwendung erheblicher Staatsmittel überall auf dem Plage sind, während die Deutschen entweder gar nicht erscheinen können oder nur in der beschränkten Weise, wie es ihre privaten Mittel gestatten. Auf die Dauer würde durch diese Prinzipientreue der Reichsregierung die deutsche Exportindustrie wesentlich schlechter als die

ausländische gestellt werden. Gerade dieser Gesichtspunkt spricht auch für Antwerpen mit; auch hier haben eine Anzahl fremder Regierungen ausgiebige Unterstüßungen gewährt. Bei zeitiger Inangriffnahme der Sache hätte sich aber auch mit geringeren Mitteln etwas erreichen lassen, was noch neben der französischen Ausstellung sich hätte eben so lassen können. Ich möchte außerdem Auskunst darüber erbitten, welche Kosten die Beteiligung an der Antwerpener Ausstellung verursacht. Die augenblickliche Finanzlage muß ja immerhin mit in Betracht gezogen werden; aber ich wiederhole, der angemessene Standpunkt für die Reichsregierung wäre meines Erachtens der, daß sie in jedem einzelnen Falle eine sachliche Prüfung eintreten ließe.

Staatssekretär v. Boetticher: Der Vorredner hat heute zu meiner Ueberraschung gezeigt, daß ihm der Gedanke der Staatshilfe in hohem Grade sympathisch ist. Ich hoffe, er wird konsequenter Weise auch auf anderen Gebieten die Staatshilfe nicht perhorreszieren. Die Kreise, um die es sich hier handelt, können viel eher ohne Staatshilfe fertig werden, als zahlreiche andere. Die Antwerpener Ausstellung hat dem Reiche etwa 40 000 M. gekostet; die Ausstattung aber war nach dem Urtheile aller Besucher viel zu dürftig; und wenn wir wieder eine Ausstellung subventioniren sollten, so müssen wir die Summe so hoch bemessen, daß davon auch wirklich etwas gutes geleistet werden kann. Prinzipielle Gegner der Subventionirung von Ausstellungen sind wir nicht; wir werden vielmehr in jedem einzelnen Fall sorgfältig prüfen, ob wesentliche Interessen des Reiches in Betracht kommen, die eine Unterstüßung fordern. Im vorliegenden Fall halten wir es aber nicht für angemessen, den Reichssäckel zu belasten und glauben, daß die Interessenten, denen im übrigen natürlich diplomatischer und konsularischer Schutz zu Theil wird, selbst für eine genügende Ausstattung sorgen können.

Nachdem Abg. Sedlmayr sich nochmals wesentlich wie vorhin ausgesprochen, bemerkt Abg. Brömel: Die heutige Erklärung des Staatssekretärs widerspricht den Neuzugungen der Regierungsvorsteher in der Kommission, welche sich prinzipiell ablehnend zu der Petition erklärt hatten. Uebrigens haben weder meine Parteigenossen noch ich uns jemals als Gegner jeder Staatshilfe überhaupt bezeichnet; die Auslegung, die der Staatssekretär meinen Worten gegeben hat, ist eine völlig irrige und ergiebt nicht meine wirkliche Meinung, sondern eine Karrikatur derselben. Ich billige dagegen völlig die Worte des Staatssekretärs über das Greifen in die eigene Tasche. Die Frage, wann die Interessenten in den Reichssäckel, und wann sie in die eigene Tasche greifen sollen, werden wir nächstens bei anderer Gelegenheit noch etwas näher zu erörtern haben.

Abg. v. Bollmar befürwortet eine Subventionirung der Antwerpener Ausstellung. Hier sei einmal ein Punkt, wo die Reichsregierung ihre so vielfach proklamirten Bestrebungen zur Förderung der Gewerbe und Industrie bewahrheiten und dem deutschen Gewerbegeist in seinem schweren und bisher ruhmvoll mit dem Auslande geführten Konkurrenzkampf einigermaßen zur Seite stehen könne.

Der Antrag der Kommission wird angenommen. Es folgt die erste Beratung eines vom Abg. Borch gestellten Antrages auf Abänderung des § 370 der Strafprozessordnung. Wenn nämlich ein Angeklagter gegen ein schöffengerichtliches Urtheil die Berufung eingelegt hat, im Termin zur Hauptverhandlung vor dem Berufungsgericht aber ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, so muß nach obigem § 370 die Berufung sofort verworfen werden, während andererseits über die Berufung zu verhandeln ist, wenn die Staatsanwaltschaft sie eingelegt hat. Der Antragsteller will auch im ersteren Falle die Verhandlung über die Berufung stattfinden lassen. Den unmittelbaren Anlaß zu dem Antrage hat ein Fall gegeben, wo die Berufung eines Beamten, der vom Schöffengericht wegen Diebstahls verurtheilt war und nachher seine Unschuld nachweisen konnte, vom Landgericht verworfen werden mußte, weil er den betreffenden Termin um wenige Minuten versäumt hatte. Nur nach vielen Weilläufigkeiten war es gelungen, im Wege der Wiederaufnahme des Verfahrens das erstinstanzliche Urtheil zu revidiren. Der Antragsteller führt aus, daß mindestens die Gleichstellung der Berufung des Angeklagten mit der Berufung der Staatsanwaltschaft eine Forderung der Gerechtigkeit sei. Er wünscht eine Ueberweisung des Antrages an die Kommission, welcher die Anträge Mundel-Reichsberger betreffend die Berufung in Strafsachen überwiesen worden sind.

Staatssekretär v. Schelling: Der Antrag berührt allerdings einen reformbedürftigen Punkt der Strafprozessordnung, und insofern bin ich dem Antragsteller dankbar. Ob der Antrag aber auch den richtigen Weg einschlägt, ist eine andere Frage. Insbesondere kommt in Betracht, ob es angemessen ist, diese einzelne Frage für sich allein gesetzlich neu zu regeln. Doch wird das näher zu erörtern sein bei den das Berufungsverfahren im Allgemeinen betreffenden Anträgen.

Abg. Klemm äußert sich, soweit derselbe auf der Journalistrentribüne verständlich ist, wesentlich in dem Sinne des Antrages.

Abg. Horwig meint, daß die von dem Antragsteller behauptete Frage besser in Verbindung mit einer allgemeinen Revision der Strafprozessordnung zu regeln sei.

Die zweite Beratung des Antrages wird im Plenum erfolgen.

Es folgt die erste Beratung des Antrages Bayer: „Anknüpfend an die Resolution des Reichstags vom 14. Juni 1884 und an den Beschluß desselben vom 15. Dezember 1881 abermals die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen spätestens in der nächsten Session des Reichstags Vorschläge machen werden, welche eine durchgreifendere Ermäßigung der Gerichtsgebühren herbeiführen, als durch das Reichsgesetz vom 29. Juni 1881 gewährt worden ist, und welche mit der Revision des Gerichtslosgesetzes eine solche der Gebührenordnung für Rechtsanwälte verbinden.“

Abg. Bayer: Das Bedürfnis nach einer Ermäßigung der Gerichtslosgesetze wird allenthalben auf das Lebhafteste empfunden, und schon früher hat sich der Reichstag mehrfach in diesem Sinne ausgesprochen. Anfangs stellte die Regierung finanzielle Bedenken entgegen und vertoßte uns auf das Ergebnis statistischer Erhebungen. Jetzt wieder sagt man, daß man diese Frage nicht allein regeln wolle, sondern im Zusammenhang mit einer allgemeinen Reform. Man denkt dabei zugleich an eine Reform des ganzen Gerichtswohlfahrer- und Justizwesens. Diese Reform wäre mir sehr sympathisch, aber bis zu ihrer Durchführung wird noch viel Zeit vergehen, und so lange können wir mit der Herabsetzung der Gerichtslosgesetze nicht mehr warten. Das Gerichtslosgesetz ist im Jahre 1879 zugleich mit dem Justiztarif in Kraft getreten. Es ist aber viel schwieriger, die wirtschaftlichen Folgen des Justiztarifs zu übersehen, als die des Gerichtslosgesetzes; und wenn man jetzt schon mit Änderungen des Justiztarifs kommt, so ist es jedenfalls viel weniger bedenklich, das Gerichtslosgesetz zu ändern. (Sehr richtig!) Ich freue mich, daß der Staatssekretär in Aussicht genommen hat, das kleine unnötige Beiwort bei den Anwaltsgebühren zu beseitigen. Noch viel notwendiger ist aber eine Beseitigung dieses Beiwortes bei den Gerichtslosgesetzen. Für die Reform der Anwaltsgebühren sollen ja die Vorarbeiten schon im Gange sein; besonders freut es mich, daß man zu diesen Arbeiten im Reichsjustizamt sachverständige Abgeordnete zusuchen will. Man wird mit großer Rücksicht gegen den Anwaltsstand verfahren, so daß für ihn auch ferner angemessene Existenzbedingungen bleiben. Ist der Anwaltsstand nicht so gestellt, daß er sich selbst achten kann, und daß Andere ihn achten können, so leidet die ganze Rechtspflege. Andererseits werden gleichwohl die Anwalts-

gebühren im Allgemeinen nicht zu erhöhen, sondern herabzusetzen. Ich persönlich meine, daß eine solche Herabsetzung namentlich am Plage ist für das Privatvermögen, für die Reiselostraten, für das Konkursverfahren, für das Mahnverfahren und besonders für die Verathungsgebühr, welche letztere so hoch ist, daß sie leicht kein Anwalt hier den Tarif bei kleinen Konjunkturen zur Anwendung bringt. Ferner müßten auch bei Alimentenprozessen die Gebühren herabgesetzt werden. Indefsen ist erste Bedingung, daß überall die Gerichtslostraten ermäßigt werden, welche meist in viel höherem Verhältnisse nach den Verhältnissen steigen als die Anwaltsgebühren. Der Anwaltsstand selber hat kein persönliches Interesse an der von mir vorgeschlagenen Reform; wenn wir Anwälte aber alle diese Reform wollen, so beweist wohl schon dieser Umstand, daß Missethäter vorhanden sind, die beseitigt werden müssen. Ich bitte Sie, auch jetzt, sowie schon früher, meinem Antrage zuzustimmen und damit zu dokumentiren, daß Sie nicht zurückstehen wollen, wo wichtige und dringende Reformen in Frage stehen. (Beifall.)

Abg. Hartmann: Meine Partei ist mit dem Bayerschen Antrage vollkommen einverstanden. Auch wir wollen eine Revision des Gerichtslosgesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und zwar im Sinne einer Ermäßigung der Kostenfrage. Daß bei der Herabsetzung der Rechtsanwaltsgebühren auf die Erhaltung der Integrität des Anwaltsstandes Rücksicht genommen werden muß, ist von uns wiederholt gesagt worden. Bezüglich der Gebührenordnung hat Herr Bayer und Detailvorschläge gemacht, die einen besonderen Werth dadurch erhalten, daß derselbe in seinem Verhältnisse diesen Dingen sehr nahe steht. Aber ich will auf dieselben jetzt nicht eingehen, es genügt mir, daß diese Vorschläge überhaupt gemacht sind. Nur der Ton, in welchem sein Antrag gehalten ist, scheint mir unzulässig; wenn wir bei der Redaktion mit theilhaftig wären, so würden wir denselben zu beseitigen gesucht haben. Aber das soll für uns kein Hinderniß sein, dem Antrage zuzustimmen. Wenn uns auch die Revision nicht gefällt, so geht uns doch das Lied. Wir begegnen uns mit Herrn Bayer in der Ansicht, daß ein Bündniß obwaltet, dieser Revision Ausdruck zu verleihen. Die Haltung der Regierung ist gegenwärtig geworden, und inzwischen haben sich finanzielle Bedenken erhoben, welche Schwierigkeiten bereiten. Es ist statistisch nachgewiesen worden, daß die Einnahmen aus den Gerichtslostraten in bedenklicher Weise zurückgegangen sind, daß die Zuschüsse zur Justizverwaltung immer größer geworden sind. Die Regierung hat mit Recht auf diese Erscheinung hingewiesen, aber unsere Sache ist es, zu erklären, daß die zu den zuletzten Bedenken zurücktreten müssen vor höheren Rücksichten, welche für eine Ermäßigung der Gerichtslostraten sprechen. Durch wird der Regierung das Eingehen auf das Requirere erleichtert werden, denn ein Theil der Verantwortlichkeit wird für dasselbe dann von uns übernommen. In diesem Sinne werden wir dem Antrage Bayer zustimmen.

Abg. Brünig erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, der durchaus dem entspreche, was seine in Bezug auf das Gerichtslosgesetz und die Gebührenordnung für Rechtsanwälte zu beantragen beabsichtigt hat.

Abg. Horwig: Herr Hartmann hat die Details der Gebührenordnung in Vorschlag gebracht. Ich halte es aber für dieselben vor der Versammlung pro et contra so zu erörtern, daß ein richtiges Fazit zu Stande kommt. Herr Hartmann dann noch gesagt, ihm gefalle der Ton des Antrages nicht wohl aber die Weise. Ich finde sie etwas metallischen geschmacks; man muß sie auf ihren Feingehalt noch genauer prüfen. Herr Bayer hat sich bei seinen Vorschlägen auf Erfahrungen berufen. Er hat dieselben in einem engbegrenzten Kreise gemacht. Die Erfahrungen aber, die wir in Preußen gemacht haben, beweisen, daß es schwierig ist, diese Frage heitlich zu regeln. Das Bild wird sich immer verwickelnder stellen, je nachdem man die Stellung der Rechtsanwälte in Auge faßt, welche sich in den großen Verkehrscentren befinden, die Stellung Deeres, welche sich in armen, industriellosen Bezirken befinden, und die oft nur so viel verdienen, daß sie mit ihre Existenz behaupten können. Ich kann mir in dieser Beziehung insofern wohl ein Urtheil erlauben, als ich in verschiedenen Provinzen thätig gewesen bin. Der Anwalt, der die Anwaltschaft verlehrt hat, ist nicht um der Augen der Anwaltschaft willen eingeführt, sondern er ist Folge unseres neuen Verfahrens. Wir haben also die Verpflichtung, den Anwaltschaft eine solche Stellung zu geben, die ihnen eine anständige Existenz sichert. Das ist der Gesichtspunkt, der Berücksichtigung verdient, und ich behaupte, daß das Durchschnittsgehalt der Anwaltschaft nicht über hinausreicht, was ihnen die Existenz eines rechtlichen Mannes sichert. In Bezug auf einzelne Positionen wird eine Aenderung möglich, ja nötig sein. Man darf übrigens nicht vergessen, daß einen unbesiegbaren Koefizienten bei den Anwaltskosten die Gerichtslostraten bilden. Klagen über hohe Anwaltsgebühren sind nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß die Gerichtslostraten so hoch geworden sind. Auch die Spezifikationen der Rechtsanwälte machen einen unliebsamen Eindruck. Ich glaube entschieden, daß nicht an den unteren, sondern an den oberen Werthklassen eine Aenderung vorgenommen werden kann. Dankbar habe ich die Erklärung des Staatssekretärs v. Schelling akzeptirt, daß die Revision, die von der Regierung in Aussicht genommen ist, nicht in anwaltsfeindlichem Sinne stattfinden solle, und daß zu derselben auch Anknüpfung hier aus dem Hause hinzugezogen werden sollen. Ich glaube doch mit Ausnahme weniger Punkte an dem bestehenden System nichts zu ändern sein wird, wenn man nicht den Anwaltsstand beträchtlich schädigen und ein Proletariat schaffen will, das für eine gute Rechtspflege sehr gefährlich werden kann. Man darf auch nie vergessen, daß zu der Lohnarbeit der Rechtsanwaltschaft eine Menge von Armenarbeiten nobile officium für denselben hinzutreten, welche viel Mühe und Arbeit, aber keinerlei Gewinn bringen. Wenn statistisch festgestellt werden könnte, welche Menge von Arbeit den Anwaltsgerade hierdurch erwächst, so würden Sie finden, daß dieselbe der Ertrag jener lohnenden Arbeit bedeutend übersteigt. Dagegen glaube ich, daß die Reiselostraten herabgesetzt werden können. Es ist festgestellt, daß für den niedrigen Satz, der jetzt bewilligt wird, für die Arbeit, die der Rechtsanwalt zu leisten hat, kaum noch eine Entschädigung übrig bleibt. Auch stehen die Reiselostraten der Rechtsanwaltschaft hinter denen der Beamten zurück. Nach dem alten System waren die Anwälte in dieser Beziehung viel besser gestellt. Daß durch die Freizebung der Advokatur das Arbeitsvermögen der Anwaltschaft bedeutend eingeschränkt ist, muß auch noch in meinem Namen gesprochen haben.

Abg. Bod (Gotha) macht darauf aufmerksam, daß die Höhe der Gerichtslostraten und Anwaltsgebühren den Anwaltsstand in die größte Gefahr bringen wird, das Recht zu verfallen. Man hat diese Thatfachen, auf die wir immer hingewiesen haben, bestritten mit der Hinweisung auf das Armenrecht, aber davon haben die kleinen Leute keine Kenntnis. Aber die Höhe der Gerichtslostraten sind wohl an den Staatssekretär v. Schelling nicht gelangt, aber sie sind zahlreich vorhanden. Ich werde in meinem gothaischen Kreise überlassen mit Klagen von Leuten, die verfahren, ihr Recht nicht erlangen konnten. Hierin hilft also auch Armenrecht nichts. Dr. Borch hat neulich das Lied vom Rechtsanwalts gesungen, aber in meiner Heimath hat noch nicht ein Rechtsanwalt bankrott gemacht. Sie nehmen eine ausgezeichnete Lebensstellung ein und haben die Theil in kurzer Zeit ein großes Vermögen erworben. Das

15. C
Am
Doettich
an Ref
Die
durch Erbe
Die
Belegent
sich ab
Abg.
braunlan
kewig.
Die
Es fo
schaffung
ung des
breiten.
Abg.
Ergenau
für den B
Fortschritt
Es sei fr
Betrachtung
von Besten
wende dur
nur leidet
bahnbahne
Augen las
und belon
wären mü
Summen
für den
gelle. Er
Kommissio
berathen h
Abg.
Reformatio
Abg.
biednel n
nach einer
den soll
Wint
lage hab
Gegner di
haben die
haben, ist
innerhalb

Vereine und Versammlungen.

Im Bezirksverein der arbeitenden Bevölkerung des SW. Berlins hielt Herr Dr. Besser einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Nahrungsmittelverfälschung“. Der Herr Vortragende veranschaulichte seine Ausführungen durch Experimente, um verfälschte Nahrungsmittel von reinen zu unterscheiden, ebenso wies er die Erkennungszeichen nach, an welchen man erkennen kann, mit welchen Substanzen dieselben vermischt sind. J. B. Thee wird mit Kaiserblau gefärbt. Der sogenannte Gesundheitskaffee besteht aus 90 Prozent Cichorien und 10 Prozent anderen Substanzen, von Kaffee also keine Spur. In Kakaos hat man sogar gemahlene Ziegelsteine entdeckt, auch keine schlechte Beimischung, zumal der Kakaos ein Rindergetränk ist. (1) Zucker, Salz und Mehl werden mit Kalk, Gips u. s. w. vermischt. Auch die Thüringer Schmalzwurst, welche meist hier fabrikt wird, ist bisweilen mit Säuren gefärbt, und machte der Referent darauf aufmerksam, daß das Fett in jeder Wurst immer eine weiße Farbe haben muß. Die frische Blutwurst ist in vielen Fällen auch gefälscht, obwohl sie nicht weiter verfälscht wird, so ist sie doch nicht immer frisch, sondern manchmal alt und dann bildet sich in ihr das sogenannte Wurstgift, welches für den Menschen gefährlich ist, wenn er die Wurst im kalten Zustande isst, in warmem Zustande ist die frische Blutwurst nicht schädlich. Also esse man frische Blutwurst immer hübsch warm. In der Diskussion hob ein Milchhändler hervor, daß seiner Zeit ein Molkereibesitzer von Seiten der Polizei wegen Nahrungsmittelverfälschung angezeigt worden, weil er der Milch Lohensaures Natron beifügte; derselbe wurde aber vom Richter freigesprochen, weil derselbe nicht die Ueberzeugung gewann, daß Natron schädlich sei. Außerdem beteiligten sich noch Andere an der Diskussion. Unter Punkt 2. Beschiedenes, beschloß der Verein, eine Petition an den Reichstag, betreffend Vermehrung der Abgeordneten für Berlin, abzugeben. Mit dem Entschluß, daß die Mitglieder, wenn ein solcher hochinteressanter Vortrag auf der Tagesordnung stehe, doch recht zahlreich erscheinen mögen, schloß der Vorsitzende Herr Krohm die Sitzung. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 17. Februar, in Rieff's Salon statt.

Im Verein für wissenschaftlich chirurgische Vorträge hielt Herr Dr. Kronheim einen interessanten und lehrreichen Vortrag über die Schwindsucht, an welcher nach seinen Ausführungen nicht weniger als 1/3 der Menschheit stirbt. Den Beweis, daß die Tuberkulose von Auen übertragbar sei, habe der frühere Assistenzarzt des Prof. Virchow, Dr. Sornheim in Leipzig bei Manipulationen an Meerschweinchen gegeben. Dem vielgenannten Dr. Koch war es im Jahre 1881 vorbehalten, den Schwindsuchtbazillus zu entdecken, eine Entdeckung, welche ihre gebührende Anerkennung gefunden hat. Daß die Schwindsucht ansteckend ist, beweist die Thatsache, daß oft ein Mann und die Kinder ebenfalls an der Schwindsucht sterben, wenn die Frau dieser schrecklichen Krankheit erliegt. Vor Allem müssen aber die Personen für die Ansteckung disponirt erscheinen. Wegen die Schwindsucht gebe es kein Mittel; man könnte nur durch Beobachtung einer guten Lebensweise eine Milderung herbeiführen. Er warne dringend, rohe Milch zu trinken, weil sie oft von tuberkulösen Kühen herflamme; die Tuberkulose bei den Kühen sei identisch mit der Schwindsucht der Menschen. Wie widerstandsfähig der Schwinduchtbazillus sei, zeige der Umstand, daß diese Bazillen lustig fortleben, wenn sie in Salpetersäure gelegen. Die Angehörigen eines Schwinduchtkranken könnten sich vor der Ansteckungsgefahr nur durch möglichste Isolirung des Kranken schützen. Vor allen Dingen sei der Speinaps fleißig zu desinficiren. — Dem Vortragenden wurden laute Beweise der Anerkennung und des Dankes zu Theil.

Reichstag, 5. Februar. Am 2. Februar sprach hier selbst Herr Reichstagsabgeordneter Harz in einer vom Fachverein der optischen Arbeiter einberufenen öffentlichen Versammlung über Normalarbeitstag und Bagabondage. Redner führte aus, jetzt, wo Alles subventionirt werden solle — der Exporthandel durch die Dampfersubvention, die Landwirtschaft durch Erhöhung des Getreidezolls, die Industrie durch Schuuzölle — bedürfe auch die einzige Waare, die der Arbeiter an den Markt bringen könne, die Arbeitskraft, eines Schutzes, und zwar sei dies die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit, wie sie durch das von der sozialdemokratischen Fraktion dem Reichstage vorgelegte Arbeiterschutzgesetz erstrebt werde. Näher darauf eingehend, wies er nach, wie unter den durch die heutige Produktionsweise bedingten Verhältnissen Produktion und Konsumtion nicht gleichen Schritt halten könne, wie durch die übermäßige Ausnutzung der gerade in Stellung befindlichen Arbeitskräfte das massenhafte Angebot von Seiten der Beschäftigten verschuldet und so in Folge desselben der Preis der Arbeit, der Lohn, stetig herabgedrückt werde. Nicht genug mit der so entstehenden übermäßigen Konkurrenz freier Arbeiter untereinander, trete auch noch die Suchtarbeit für Privatindustrielle hinzu, um das Uebel noch mehr zu steigern. Denn der Sträfling kann und muß zu einem Preise liefern, bei welchem der freie Arbeiter dem Hunger preisgegeben sei. Nicht anders sei es mit den zur Verringerung der Bagabondage geschaffenen Arbeitskolonien a la Wilhelmshafen und Seyda, die durch die Niedrigkeit der dort gezahlten Löhne ebensolche Verhältnisse wie die oben erwähnten, herbeiführen würden. Auf die Frage der Frauen- und Kinderarbeit übergehend, bezeichnete er Redner als Pflicht der Gesellschaft, durch gute Mütter auf eine gute Erziehung der heranwachsenden Generation hinzuwirken, dies könne aber nicht in vollem Maße geschehen, wenn die verheiratete Frau, in der Fabrik beschäftigt, keine Zeit fände, sich genügend um die Erziehung der Kinder zu kümmern, wenn das junge, kaum der Schule entwachsene Mädchen, welches, um ein Kind zu erziehen zu können, selber noch der Erziehung bedürfe, sofort in die Fabrik gesteckt werde und die Bildung wie körperliche und geistige Weiterentwicklung der Jugend durch zu frühe Beschäftigung in den Fabriken gehemmt werde. Alles dies würde in Folge gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit (Schwinden): durch die dann bedingte Nachfrage nach Arbeitskräften würde der Lohn steigen und der arbeitende Mann im Stande sein, allein die Familie zu ernähren. Wenn man durch erhöhten Getreidezoll der Landwirtschaft aufhelfen wolle, müsse man — ganz abgesehen davon, daß nur der Großgrundbesitzer Nutzen daraus ziehen würde — auch der Arbeit einen Schutz gewähren, der ihren Preis so steigere, daß der Arbeiter das vertheuerte Brot auch bezahlen könne, und das sei die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Normirung der Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich. — Die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt würde durch eine internationale Regelung der Arbeitszeit, wie sie auch von der Fraktion gefordert sei, sichergestellt werden. Zwar beschäftigten sich jetzt alle Parteien mit der sozialen Frage, aber ihre Bestrebungen gipfelten nur in „Anregungen“ und seien sie auch nur durch das zielbewusste Auftreten der sozialdemokratischen Fraktion auf die Gebiet „geschoben“ worden, sie allein habe in ihrem Arbeiterschutzgesetz positive Forderungen aufgestellt, deren Verwirklichung zum Anfange einer befriedigenden Lösung der sozialen Frage führen würde. — Dehhafter Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners. — In der darüber eröffneten Diskussion betonte ein Herr Laubert, daß in Rathenow gewissermaßen schon ein Normalarbeitstag — nämlich von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends — bestiehe, Frauen und Kinderarbeit sei hier nicht vorhanden und die Arbeiter hätten keine Ursache, unzufrieden zu sein. Hiergegen erhob sich lebhafter Widerspruch, es wurde nachgewiesen, daß einige Fabriken Frauen beschäftigten und die Arbeitszeit, wenn auch nicht direkt in den Fabriken, so doch in den von diesen abhängigen Werkstätten oft 15 Stunden betrage. — Nachdem dann noch ein Artikel der „Rath. Ztg.“, der sich gegen den

des Staates vorgezeichnet sind. Gerade die jetzige Zeit erfordert es aber von uns, daß wir nicht auf diesem Gebiete stille stehen. Ein Stillstand würde einen Rückschritt bedeuten. Jetzt, wo die Landwirtschaft der Unterstützung bedarf, wo die Industrie unter der Konkurrenz gedrückt ist, wo alles Material, alle Löhne billig sind, haben wir doppelt die Pflicht, durch weitere Meliorationsbahnen das Land größerer Wohlhabenheit entgegenzuführen. Seit 1879 haben wir aber 4000 Kilometer Sekundärbahnen gebaut; wir haben dafür 301 Millionen, mit der heutigen Vorlage 350 Millionen, ausgegeben; von denen sind bereits 180 Millionen gedeckt und nur 170 Millionen belasten die Staatskasse. Den Osten mit dem Westen zu vergleichen, das möge man bei diesen Vorlagen vermeiden. Es ist gerade der Vortheil des jetzigen Systems, daß wir die Mittel, die wir aus den Eisenbahnen des Westens ziehen, auch dem Osten zu gute kommen lassen können. Wir werden auch ferner bestrebt sein, allen berechtigten Wünschen nach Meliorationsbahnen möglichst entgegenzukommen; auch die Bahn für das Schiffsfeld wird sich hoffentlich in nicht zu fernem Zeit vorwärts rücken lassen. (Beifall.)

Abg. Jensch beklagt, daß in der Vorlage eine Fortsetzung der Linie Bentschen-Meseritz weder nach Osten noch nach Westen in Aussicht genommen sei, daß namentlich der Kreis Birnbaum der wirtschaftlichen Aufschließung immer noch vergeblich harze. Wenigstens sollte die Linie Rogasfen-Snowrajaw über Rogasfen nach Birnbaum fortgesetzt werden.

Abg. v. Tiedemann (Labischin) macht darauf aufmerksam, daß der Kreis Obornik eine Beteiligung an den Kosten der Linie Snowrajaw-Rogasfen so gut wie ganz abgelehnt habe. Dadurch sei die Belastung der Kreise Schubin und Wongrowitz sehr erheblich gestiegen. Der Kommission, welcher die Vorlage überwiesen werde, sei demnach die Frage zur Prüfung zu empfehlen, ob nicht die Trasse dieser Linie so zu legen sei, daß der Kreis Obornik unberührt bleibe, und ob nicht die Beiträge der Kreise Schubin und Wongrowitz mit Rücksicht auf diese Verhältnisse ermäßigt werden könnten.

Abg. Pauenstern: Nach der Verstaatlichung der Berlin-Hamburger Bahn wird sich der Staat dem Ausbau der Linie Buchholz-Greifswalde nicht mehr entziehen können; die Interessen wünschden den Ausbau dieser Linie, ohne welchen die Strecke Wittenerberg-Buchholz keinen besonderen Werth hat, auf das Verhäftnisse. Eine zuzugende Neuerung des Ministers würde in dem ganzen aufschließenden Gebiete, das einer großen Entwicklung fähig ist, mit besonderer Freude begrüßt werden.

Abg. Reichensperger (Köln) befragt eine größere Berücksichtigung der Eiselfegend; namentlich müsse man den armen und bedürftigen Kreisen der Eiself in Bezug auf die ihnen aufzuliegende Beitragslast aus Billigkeitsgründen dieselben Vergünstigungen zu Theil werden lassen, wie man sie preussischen und pommerischen Kreisen gewähre.

Abg. Schreiber (Nordhausen) empfiehlt zum Anschluß der Staatsbahn an die Südbahnen den Bau der Linien Ulrich-Vennsdorf, sowie die Inangriffnahme der Vorarbeiten für die Linie Elbingen-Berlin.

Abg. Halberstadt plaidirt für den Bau einer Linie Friedeberg-Greifswalde-Löwenberg; Abg. Votcius wünscht die Aufschließung der Seitenthäler der Nahe, resp. den Bau einer Bahn Meisenheim-Staudernheim; durch den Abg. Rintelen wird auf die Nothwendigkeit einer Fortführung der Westerbahnbahn über Altentischen hinaus hingewiesen.

Abg. Dr. Wehr beantragt, die ganze Vorlage der Budgetkommission zu überweisen und stellt der letzteren zur ersten Erwägung, ob nicht die Verlegung des Sitzes der Ostbahndirektion von Bromberg ernsthaft in Aussicht zu nehmen sei. Die Vorlage fast 1 1/2 Millionen für den Bau eines neuen Geschäftsgebäudes für die Direktion in Bromberg, aber auf die Dauer sei die Beibehaltung von Bromberg als Sitz der Direktion unhaltbar; mindestens auf eine Theilung und die Errichtung einer Direktion in Königsberg müsse Bedacht genommen werden. Der Osten sei diesmal nicht so stark in der Vorlage berücksichtigt worden, wie in den bisherigen Sekundärbahngesetzen, namentlich vermisse er die Linie Tereopol-Schweg mit schmerzlichem Bedauern. Schweg sei am Rande seiner Prästationsfähigkeit angekommen und müsse ohne die Bahn, die um 250 000 M. anzustellen sei, zu Grunde gehen.

Abg. Martinus bittet, in dem nächstjährigen Eisenbahnbudget auch für die Aufnahme der Linie Schmalalden-Steinbach-Hallenberg Sorge zu tragen.

Abg. v. Meyer (Arnswalde): Meine Herren, ich frage Ihnen den Volschmerz Nr. 15 vor. (Große Heiterkeit.) Der Regierungsbudget für Frankfurt ist in der Vorlage angeblich durch die Linie Deutsch-Krone-Gallies berücksichtigt, welche aber nur den östlichen Theil des Kreises Arnswalde auf etwa drei Kilometer beiläuft. Viel erwünschter wäre eine Linie von Deutsch-Krone über Neuwedel, Reetz nach Arnswalde um so mehr als zu befürchten steht, daß die ungewöhnlich krumme Linie Deutsch-Krone-Gallies näher nach Pommern fortgesetzt wird, denn die Motive sprechen ausdrücklich von einer Fortführung nach Stargard oder Arnswalde. Ich beantrage eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern und bitte, daß diese erwägen möge, ob es nicht wohlthätig wäre die Linie Deutsch-Krone-Gallies zu ändern, ein Verfahren, das nicht ohne Vorgang ist.

Abg. RübSam dankt dem Minister für den Vorschlag der Linie Fulda-Gersfeld, welcher dem Kreise Gersfeld die längst ersehnte Aufschließung bringe.

Abg. v. Rinnigerode tritt dem Abg. Berger mit dem Hinweis darauf entgegen, daß im Westen Bahnen verstaatlicht seien; erst in den letzten Jahren sei dem Osten mehr Berücksichtigung zu Theil geworden. Zur Vorbereitung werde am zweckmäßigsten die Budgetkommission zu wählen sein.

Abg. von Geyern ist derselben Ansicht bezüglich der kommissarischen Beratung wie der Vordredner und bittet außerdem um den Ausbau der Wuppertalbahn, nämlich des fehlenden Gliedes Kredsöge-Hammerstein-Hüdeswagen mit Abzweigung nach Radevormwald.

Abg. Graf Baudissin tritt für die Linie Deutsch-Krone-Gallies, Abg. Hahn für die Beibehaltung Brombergs als Sitzes der Ostbahndirektion ein.

Abg. Rumpff plaidirt für eine Fortsetzung der Linie Ayrath-Wülfrath; Abg. v. Kleinsorgen verwendet sich für eine größere Ausdehnung der Schienenwege im Sauerlande; Abg. v. Cury unterstützt den Wunsch des Abg. von Geyern und erklärt den besseren Anschluß von Remscheid an das Eisenbahnnetz als dringendes Bedürfnis.

Damit ist die Rednerliste erschöpft, die Generaldiskussion wird geschlossen und die Vorlage auf Antrag des Abg. von Quast an die um 7 Mitglieder zu verständigende Budgetkommission verwiesen.

Der Bericht über die Verwendung des Erlöses für verkaufte Berliner Stadtbahn-Vorzellen wird durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklärt und darauf in der Etatsberathung fortgeführt.

Das Extraordinarium des Staats der Bayerverwaltung wird durchweg unverändert nach ungetrieblicher Debatte bewilligt; ein Antrag des Abg. Graf Claron d'Haussonville, für Anlegung eines Fischerboothafens bei Leba eine erste Rate von 50 000 Mark zu bewilligen, geht nach kurzer Debatte, an welcher sich der Antragsteller und der Abgeordnete von Hammerstein sowie die Kommissare, Ministerialdirektor Schulz und Geh. Oberfinanzrath Beremar beteiligen, an die Budgetkommission.

Um 4 Uhr wird die weitere Beratung des Staats auf Montag 11 Uhr verlag.

die Mittel, die Anwälte vor einer Verschlechterung ihrer Lebensstellung zu bewahren, wäre die Anstellung der Anwälte von Staatswegen — „Juristen, böse Christen“ ist ein altes Sprichwort, das nicht von ungefähr gekommen ist, das Volk muß böse Erfahrungen gemacht haben. Deshalb stimmen wir dem Antrage Bayer zu.

Abg. Hartmann: Der Vordredner behauptet, die Armen müßten nichts von Armenrecht. Dem widerspreche ich. Er hat sodann gesprochen, als ob nur seine Partei ein Herz für die Armen Leute habe. Auch dieser Behauptung trete ich entgegen. Wir haben immer ein warmes Herz für die Arbeiter gehabt. (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Gehen Sie doch in unsere Wahlkreise; unsere Wähler, die Vertrauen zu uns haben, sind gerade die kleinen Leute.

Abg. Horwitz: Das Lied vom armen Rechtsanwalt ist von mir nicht angestimmt worden. Wenn Abg. Boek behauptet hat, daß die Anwälte in seinem Kreise wohlthätig seien und keiner Bankrott gemacht habe, so ist das ja erfreulich; jedoch ist das Bankrottmachen kein notwendiges Attribut des armen Mannes. Der Vorschlag, die Anwaltschaft zu verstaatlichen, ist schön, aber nicht neu. Schon Ende des vorigen Jahrhunderts hat man staatlich besoldete Anwälte gehabt, die sogenannten Assistentenräthe. Aber man ist bald von dieser Einrichtung wieder abgekommen. Der Abg. Boek und seine Partei würde wohl am liebsten dabei fahnen, wenn jetzt wiederum staatliche Anwälte nach Art der früheren Assistentenräthe eingeführt werden sollten.

Abg. v. Ock weist auf die Schwierigkeiten hin, welche die Selangung des Armenrechtes macht. Jemand, der ein Häußchen im Besitz hat, wird niemals dieser Vergünstigung theilhaftig werden können, und doch wird ein solcher Mann oft nicht im Stande sein, die Gerichtskosten zu bestreiten; ihm ist also die Beschreitung des Rechtsweges von vornherein unmöglich gemacht. Der Abg. Horwitz hat gesagt, wir würden am schlechtesten fahren, wenn die Anwälte wieder vom Staate besoldet würden. Aber wir haben jetzt auch schon able Erfahrungen mit den Anwälten gemacht, wenn auch nicht mit allen. Der Anwalt des armen Mannes wird immer schlechter sein als der des reichen. Es fehlt ihm das Feuer, mit dem der Anwalt des Reichen für seine Sache eintritt, der weiß, daß alle seine Mühen reichlich entschädigt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Porck: Das Lied vom armen Rechtsanwalt ist von mir nicht angestimmt worden. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß die Organisation unseres Gerichtsverfahrens schwerer geworden ist. Ein großer Theil unserer Anwälte würde recht wohl mit den früheren niedrigeren Gehaltssätzen zufrieden sein, wenn wir das frühere einfachere Verfahren zurücknehmen. Das Armenrecht wird bei und sehr leicht verfallen, und die Anwälte haben nicht geringe Lasten davon. Aber sie haben dieselben gern übernommen, wenn sie von der Gerechtigkeit der Sache überzeugt waren. Sollten die Armen sich beeindrucken lassen, so steht ihnen übrigens der Refurs an den Anwaltskammern offen. Belastend sind noch meiner Ueberzeugung in erster Linie die hohen Gerichtskosten. Daß ich aber auch in Bezug auf die Herabsetzung der Anwaltsgebühren mit dem Beyer'schen Antrage lundgehe.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen. Im Schlusswort bemerkt Abg. Bayer: Herr Horwitz hat gemeint, daß es nur ein eng umgrenztes Gebiet sei, auf welchem ich meine Erfahrungen gesammelt. Wir bilden mit großem Respekt auf unseren Kollegen Horwitz. Aber deshalb wachen wir uns nicht, auch unsere persönlichen Erfahrungen zu übertragen. Wir haben immer geglaubt, daß auch diese Erfahrungen sind, und daß meine Erfahrungen nicht ganz abzuwenden gegangen sind, das beweist doch die heutige Debatte. Herr Hartmann hat den Ton meines Antrages als einen strafenden erachtet. Ich glaube, daß solche kriminalistischen Auswüchse nicht in dieses Haus gehören. Ich wenigstens werde Hartmann alle Zeit für unschuldig erachten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die sächsisch-böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft und die sächsisch-böhmische Dampfschiffahrtsgesellschaft, die Reite“ bitten um Wiederherstellung der Reichsstempelsteuern, die von ihnen bei Ausübung neuer Aktien an Stelle defekt gewordener zwangsweise eingezahlten sind. Die Kommission beantragt, beide Petitionen dem Reichstage zur Berücksichtigung zu überweisen. Das Haus tritt diesem Beschlusse bei.

Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Eröffnung des Gerichtsverfassungsgesetzes; Novelle zur Landsteuer; Rechnungsvorlagen.) Am Montag wird voraussichtlich keine Sitzung sein. Am Dienstag soll die erste Lesung der Kolonialnovelle stattfinden.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 6. Februar 1885, 11 Uhr. Am Ministerisch Maybach, von Scholz, von Boettcher.

Der Präsident theilt dem Hause mit, daß der Abgeordnete von Kesseler (B. Wahlbezirk Köln) am 4. d. M. verstorben ist. Die Mitglieder ehren das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen.

Die Tagesordnung beginnt mit der dritten Beratung der Weisegentwürfe, betr. den weiteren Erwerb von Privatbahnen für den Staat.

Abg. v. Gerlach regt die Frage an, ob eine Bahn Braunschweig-Deblsede nicht der projektierten Linie Braunschweig-Gifhorn vorzuziehen sei.

Die Vorlagen werden unverändert angenommen. Es folgt die erste Beratung des Entwurfs, betr. die Beschaffung von Mitteln für die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes. Für die Vorlage melden sich drei Redner, gegen dieselbe zehn Redner zum Wort.

Abg. v. Lenthe wünscht den Bau einer Linie Wunstorf-Stolzenau und insbesondere die Beihilfe aus Staatsmitteln für den Bau einer Brücke bei Stolzenau.

Abg. Berger begrüßt die Vorlage als einen wesentlichen Fortschritt auf dem Gebiet des Baues von Meliorationsbahnen. Sei früher der Osten der Monarchie erheblich vor dem Westen bevorzugt worden, denn im Osten sind bisher für Meliorationsbahnen pro Provinz 25 Millionen Mark ausgegeben, im Westen pro Provinz nur 21 Millionen; dies Verhältniß werde durch die Vorlage wesentlich ausgeglichen. Es scheine nur leider, als ob man gegenwärtig bei dem Bau der Sekundärbahnen die Frage der Rentabilität gar zu sehr aus den Augen lasse. Redner bespricht sodann die einzelnen Projekte und betont besonders, daß die Kommission sehr eingehend werden müssen, ob nicht die für Bahnhofsumbauten geforderten Summen zu hoch seien; ob dies nicht namentlich bezüglich der für den Bahnhof in Münster geforderten 3 500 000 Mark gelte. Er beantragt die Verweisung des Entwurfs an dieselbe Kommission, welche die jetzt erledigten Eisenbahnvorlagen zu beraten hat.

Abg. v. Strombeck wünscht den Bau einer neuen Meliorationsbahn für das Schiffsfeld.

Abg. v. Deryn (Bromberg) bedauert, daß auch diekmel noch nicht der Wunsch der Posener Bevölkerung nach einer direkten Verbindung Posen-Bromberg erfüllt werden soll.

Minister Maybach: Einen Vorwurf gegen die Vorlage habe ich noch nicht gehört; die Herren, die sich als Gegner der Vorlage bezeichnen, thun es es nur deshalb, weil ihnen dieselbe noch nicht weit genug geht. Ich glaube, den wir mit diesen Sekundärbahnen beschränken, ist der richtige. Wir halten uns dabei stets genau innerhalb der Grenzen, die uns durch die Finanzlage

Normalarbeitstag aussprach, einer scharfen Kritik unterzogen worden war und die Behauptung des Herrn Taubert, gerade die „Schmutzkonkurrenz“, wie er die optischen Werkmeister nannte, drückte die Preise und den Lohn, dadurch treffend widerlegt wurde, daß, wie ein optischer Arbeiter nachwies, die Fabrikbesitzer selbst Erzeuger dieser Schmutzkonkurrenz wären, indem sie die Werkmeister nöthigten, zu billigeren Preisen zu liefern, da sie sonst nichts abnehmen würden, und wenn der Eine oder Andere nicht wolle, selbst eine neue Konkurrenzwerkstatt einrichten, die dann zu dem voraus bedungenen billigeren Preise liefere, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Referenten Herrn Horn und der Annahme folgender Resolution: „Die heute am 2. Februar 1885 im Saale der Bahnhalle zu Rathenow tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Herrn Reichs- tagabgeordneten Horn über gesetzliche Regelung der Arbeitszeit durchaus einverstanden, erachtet in dem von der sozial- demokratischen Fraktion dem Reichstage vorgelegten Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes ein Mittel zur Beseitigung der wirth- schaftlichen Verhältnisse, spricht der Fraktion ihren Dank dafür aus und fordert sie zu weiterer Vorgehen in der eingeschlagenen Richtung auf.“

Nachverein der Schlosser und Berufsgenossen. Sonn- abend, den 7. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstraße 77-79. Vortrag des Herrn Regierungsbaumeister Kehler über das Unfallversicherungsgesetz. Aufnahme neuer Mitglieder. Diskussion über die Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gegenüber der Schlossergesellschaft. Gäste haben Zutritt.

Eine Mitgliederversammlung der Gewerkschaft der Maschinenbau- und Metallarbeiter des Nordens findet am Montag, den 9. Februar im Wedding-Park, statt. L. D.: Vor- trag aus der Chemie, Herr cand. chem. Emil Vesser. 2. Be- richt der 12er Kommission. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Alle Mitglieder werden dringend ersucht, zahlreich zu er- scheinen.

Der Verein zur Wahrung der materiellen Interessen der Drechsler und Berufsgenossen tagt am Montag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr, Neue Grünstr. 32, bei Leichert. In Betracht der wichtigen Tagesordnung, (dieselbe wird in der Versammlung bekannt gemacht) werden die Kollegen zu recht zahlreichem Besuch gebeten. — Aufnahme neuer Mit- glieder. Gäste willkommen.

Der Fachverein der Stellmacher hält Montag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr seine regelmäßige Vereinsversam- lung in Schiffer's Lokal, Anselstraße 10, ab.

Eine ordentliche Generalversammlung des Fach- vereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf- armaturen findet heute, Sonnabend, den 7. Februar, in Grat- well's Bierhallen in der Kommandantenstraße, Industriegebäude, statt. Tagesordnung: 1. Bericht über den Streik in der

B. Joseph'schen Fabrik. 2. Diskussion. 3. Vierteljahrs-Ab- rechnung. 4. Wichtige Vereinsangelegenheiten. 5. Ver- schiedenes und Fragelasten. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

In Sachen des Joseph'schen Streikes erhalten wir folgendes Schreiben: In der Nr. 30 Ihres geschätzten Blattes veröffentlicht Herr Joseph ein Schreiben, in welchem er den Streik in seiner Werkstatt für beendet erklärt und die Zu- stände in seiner Fabrik in ein möglichst günstiges Licht zu stellen sucht. Zunächst geben wir hiermit die öffentliche Er- klärung, daß es in der Nacht des Herrn J. überhaupt nicht liegt, einen über ihn verhängten Streik als beendet zu er- klären, so lange der Vorstand des betreffenden Vereins, der die Angelegenheit der Arbeiter in seine Hände genommen hat, seine Zustimmung zu dieser Erklärung nicht gegeben hat; viel- mehr bleibt dieser Mann über dem Fabrikanten so lange ver- hängt, als er sich weigert, die gerechte Forderung seiner Ar- beiter anzuerkennen. Wir betrachten es als einen Verrath an der Sache der Allgemeinheit, wenn sich Arbeiter so indifferent zeigen, während dieser Zeit dort Beschäftigung zu nehmen. Wenn aber Herr J. sich der schmeichelehaften Hoffnung hin- giebt, daß es ihm gelingen werde, seine alten Arbeiter zu über- irren mit Leuten, die allen Forderungen der Arbeiter zum Trost unter vorliegenden Verhältnissen bei ihm Arbeit nehmen, so wünschen wir ihm von ganzen Herzen Glück dazu, sind aber der Ueberzeugung, daß leistungsfähige Arbeiter, denen irgend eine andere Aussicht bleibt, sich eines solchen Schrittes schämen würden. Bei der besseren einsichtsvollen Masse der Arbeiter werden solche Man-över des Herrn J. schwerlich verfangen, und jeder mit ge- sunder Vernunft begabte Mensch muß sich sagen, daß es in einer Branche, wo es noch stets an tüchtigen Kräften mangelte, nicht so leicht ist, für einige Dugend durch langjährige Uebung geschulte Arbeiter unter solchen Umständen vollständigen Ersatz zu finden. Leute aber, die es den Streikenden in der Geisich- lichkeit ihres Handwerks zuvorhän, treiben sich bei der Lage unseres Geschäftes nicht auf den Stagen herum, sind am aller- wenigsten genöthigt, aller Moral ins Gesicht schlagend, ihren streikenden Kollegen Konkurrenz zu machen. Es erhellt also daraus, daß es Herrn J. hauptsächlich darauf ankommt, den über ihn verhängten Streik durch Erwerbung falscher Auf- fassungen von der Macht der Streikenden und der moralischen Bedeutung dieses Aktes illusorisch zu machen. Wirklich rührend ist aber in der That die Humanität, mit welcher Herr J., nur um alten oder durch Krankheit heruntergekommenen Arbeitern Gelegenheit zum Erwerb zu geben, seine Fabrik zu einer Art von Alters- und Invaliden-Versorgungsanstalt umgeschaffen hat. Freilich steht diese Wandlung sehr schlecht im Einklange mit der Thatfache, daß Herr J. seit dem Begräbniß eines im

letzten Jahre verstorbenen Kollegen, es seinen Arbeitern ver- boten hat, ihren dahingegangenen Mitarbeitern das letzte Geleit zu geben. Von Egoismus unsererseits kann wohl in Hinblick darauf, daß die Betriebskraft in dieser Fabrik durch einen Abzug von 12 1/2 pSt. von den Arbeitern gewiß dreifach bezahlt wird, keine Rede sein. Wir glauben hiermit Herrn J. in seine Schranken gewiesen zu haben und bitten die Kollegen zu unserer Sache zu halten. J. A.: Th. Teutsch, Schrift- führer.

Neueste Nachrichten.

Halle, 6. Februar. Die Einrichtung der Anarchisten Kreisdorf und Kähler findet heute, Sonnabend, d. 7., hier selbst statt. Kupsch ist zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden. Kreisdorf, am 3. Dezember 1842 geboren, ist, wie die „Nat.-Ztg.“ noch einmal hervorhebt, 42 Jahre alt, Kähler, am 9. Februar 1844 geboren, 41 Jahre alt, und Kupsch, am 19. März 1863 geboren, 21 Jahre alt.

Briefkasten der Redaktion.

Schärdter. Zahlen Sie den Mietzins und lassen Sie sich Quittung geben. Es ist gleichgültig auf wessen Namen die Quittung ausgestellt ist.

H. A. Von der Erbschaftsteuer ist jeder Anfall, welcher an die Kinder des Erblassers kommt, befreit. Nur diejenigen Personen, denen ein steuerpflichtiger Anfall zukommt, sind verpflichtet, denselben dem Erbschafts-Steueramt anzumelden. J. M. 95. Wegen Mißhandlungen kann das Geschäft, ohne daß eine Kündigung nöthig, den Dienst verlassen. Den Dienstboten ist Lohn und Kost auf das laufende Vierteljahr und wenn monatweise Mietzung vorliegt, auf den laufenden Monat vergütet werden. Zuständig für die Klage ist das Amtsgericht.

E. R. Oranienstraße. Wenn die Frau Erbin ihren Ehemann werden will, so hat sie ihr eigenes Vermögen zu vererben lassen und von der gemeinschaftlichen Nach- schlaßmasse einzuweisen und von der gemeinschaftlichen Nach- schlaßmasse die Hälfte.

Robert Otto. Wenn Sie mit dem Geschäft die Firma mit erworben haben, so ist Ihr Verkäufer nicht berechtigt, die frühere Firma für sein neues Geschäft zu führen.

Quinger, Rüdersdorferstr. 21. Für das jedesmalige Ausmessen der Rinnr und für jede Anfertigung des Anschlags können Sie angemessene durch Sachverständige festzusetzende Vergütung verlangen.

G. E. Straußberger. Aus dem Nachlasse der Stiefmutter können Sie nichts verlangen.

F. G. 10. ad 1: So oft als er dazu Veranlassung haben glaubt. ad 2: Nein. ad 3: Ebenfalls nein.

Theater.

- Königliches Opernhaus:**
Heute: Der Trompeter von Sillingen.
- Königliches Schauspielhaus:**
Heute: Die Jäger.
- Deutsches Theater:**
Heute: Pitt und Fox.
- Wellenlance-Theater:**
Heute: Der Salonstrolcher.
- Königliches Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:**
Heute: Gasparone.
- General-Theater:**
Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Graf.
Heute: Der Walzerkönig.
- Reichens-Theater:**
Direktion Anton Anno.
Heute: Die Ehestands-Invaliden. Hierauf: Die Schulkreiterin.
- Bahnhalle-Operetten-Theater:**
Heute: Der Feldprediger.
- Konigsstädtisches Theater:**
Heute: Bankrott.
- Ochsen-Theater:**
Heute: Kinder des Volks.
- Böllner-Theater:**
Heute: Die Sorglosen.
- Victoria-Theater:**
Heute: Sullurina.
- Alhambra-Theater.**
Heute: Die Schule des Lebens.

Keller's

Gesellschafts-Säle

Andreasstraße 21.

Empfehle meinen großen Saal, sowie die kleinen Säle dem geehrten Publikum, besonders Vereinen und Gesellschaften. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Küchensoll

Karl Keller,

A. Oertel, Gold- und Silber- Waaren-Lager.

Lindenstraße 109, (früher Dresdenerstr. 117.)

Reichhaltige neue Arb. u. f. Reparaturen, Gravirungen, Vergold-, Verfilb. u. Cir. d. Juwel-, Gold-, Silber-, Edelsteinen, Perlen, Münzen, Medaillen und Kehrholz. 244

Restaurant.

Reichhaltiger Frühstückstisch. Bouillon zu jeder Zeit. Gutes Bairisch Bier à Glas 10 Pfg. Punsch, Grog, Glühwein und Liqueure. Sämmtliche gewerkschaftliche sowie andere Tageszeitungen Regen aus.

Max Kreuz,

Cottbusserplatz (Alte Linde).

Die Nr. 13 der humoristischen Blätter „Der wahre Jacob“ ist erschienen und in der Exped. d. „Berl. Volksbl.“ zu haben

Bezirksverein des werththätigen Volkes im 29., 30. und 31. Kommunal-Wahlbezirk.

Herren-Partie

Sonntag, den 8. Februar cr. Versammlungsort am Oranienburgerthor (Normaluhr). Abmarsch präzis 8 Uhr. 252 Der Vorstand.

Große öffentliche General-Versammlung sämmtlicher Klavierarbeiter Berlins.

Sonntag, den 8. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in den Gratwell'schen Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79.

- Tages-Ordnung:
1. Wie verhalten sich die Arbeitgeber gegenüber dem Reichs-Krankenkassengesetz. Referent: Julius Henke.
2. Der Normalarbeitstag und seine Bedeutung für unsere Industrie. Referent: Stadts. August Herold. 248

Arb.-Bez.-Ver. der Rosenth. Vorst. Große Versammlung.

Montag, 9. Februar, Abends 8 Uhr, in der „Neuen Bahnhalle“, Schönhauser Allee 156, Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Die Arbeiterchutzgesetzgebung. 3. Vor- legung von Petitionen an den Reichstag. 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist nothwendig. Die Herrenpartie findet Sonntag, den 8. Febr. 1885, statt. Abmarsch vom Wedding-Park, Müllerstraße 178, Vormittags 10 1/2 Uhr. 247

Große Versammlung des Fachvereins der Gürtler und Berufsgenossen.

Sonntag, d. 8. Februar 1885, Vormittags 10 1/2 Uhr, in den Industrieböden, Mariannenstr. 31/32.

- Tages-Ordnung:
1. Der Geraer Kongress und die Stellung des Fachvereins zu den Beschlüssen desselben. Referent Otto Ballmüller, Korreferent Otto Klein.
2. Verschiedenes. 3. Fragelasten.
Nicht eines jeden Mitgliedes ist für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen. 242

Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer

am Sonntag, den 8. Februar, Vorm. 10 Uhr, Lothringersstr. 37. Tages-Ordnung: Statutenberathung. 261

Arb.-Bezirksverein d. Oranienb. Vorst. u. Wedding. Sonntag den 8. Februar Herrenpartie nach Tegel. Zusammenkunft im Wedding-Park, Müllerstraße 178, Vormittags 9 Uhr.

Große ordentliche General-Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- u. Dampf-Armaturen.

Sonnabend, den 7. Februar 1885, in Gratwell's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79. Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Streik. 2. Wichtige Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Fragelasten. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Öffentliche Versammlung der Mappen- und Pult-Arbeiter.

Montag, den 9. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75. Tages-Ordnung: Tarif-Vorlage. Die Lohnkommission. 252

Bezirksverein des werththätigen Volkes der Schönhauser Vorstadt.

Dienstag, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Meiser, Schönhauser Allee 161, 251

Versammlung. Herren-Partie.

1. Vortrag des Herrn Vizepräsidenten. 2. Verschiedenes und Fragelasten. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen, indem die Petition zur Einführung einer Sanitätswoche im Schönhauserthor-Bezirk zur Unterschrift ausl. egt. Außerdem bittet der Verein am Sonntag, den 8. Februar, eine Sammelort im Lokale des Herrn Bansegrau, Fürstendammstr. und Voltnerstr. Ecke, Vormittags 10 1/2 Uhr. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

J. J.

Hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich

Chausseestrasse 36-37

(im Grundstück der Wöhlert'schen Maschinenbau-Anstalt) ein

Cigarren- und Tabak-Geschäft

eröffnet habe und bitte meine werthen Freunde um geneigten Zuspruch. Für die besten Qualitäten ist Sorge getragen.

Ergebenst

Wilhelm Pfannkuch.